

Woche generell für alle Arbeiter durch Notverordnung eingeführt, aber damit auch der Wochenlohn um die Zahl der verminderten Arbeitsstunden verkürzt werden. Gegenüber diesem Generalangriff des Unternehmertums auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft versuchen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer jeden ernsthaften Kampf der Arbeiter und ihren Zusammenschluß für diese Kämpfe zu verhindern.

Die Kommunistische Partei Deutschlands und das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben sich sofort am Tage nach den Preußenwahlen mit einem Aufruf an alle deutschen Arbeiter gewandt, in jedem Betrieb gemeinsam die Einheitsfront des Kampfes zu bilden, Versammlungen einzuberufen, Kampfforderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen zu wählen und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau mit aller Energie vorzubereiten und durchzuführen. Die Kommunistische Partei erklärt den Arbeitern, daß sie bereit ist, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Das ist ein Angebot an die Mitglieder dieser Organisationen, gegen den Willen ihrer Führer die einheitliche Kampffront zu bilden. Die sozialdemokratischen Führer begreifen, daß dieses Angebot der Kommunistischen Partei in dieser Situation geeignet ist, ihnen die Führung der Massen zu entreißen. Sie versuchen deshalb die Aufmerksamkeit der Arbeiter von diesem Aufruf der Kommunisten dadurch abzulenken, daß sie die parlamentarischen Vorgänge in dem neugewählten preußischen Landtag wegen der Regierungsbildung in den Vordergrund schieben: Was werden die Kommunisten tun, wenn von den Rechtsparteien die Aufhebung der vom alten Landtag beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung verlangt werden wird? Mit dieser Aufhebung des Beschlusses soll die Wahl eines faschistischen Ministerpräsidenten ermöglicht werden. Aber die Kommunisten zerschlagen dieses Ablenkungsmanöver dadurch, daß sie in allen Betrieben und auf den Stempelstellen der Erwerbslosen die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf auffordern, der zugleich der Kampf gegen Lohnabbau und gegen die Faschisten ist. Die Kommunisten haben

auch bereits einige gute Erfolge mit diesem Angebot aufzuweisen. So ist in Bernau bei Berlin ein gemeinsames Streikkomitee von Kommunisten, Reichsbannerarbeitern und Parteilosen gewählt worden, das einen Streik der Pflichtarbeiter durchführt. Auch haben am 1. Mai in einer Reihe von Städten sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam für die Kampforderungen der Arbeiterschaft demonstriert. Das sind zwar erst kleine Erfolge der kommunistischen Einheitsfrontpolitik, aber die Situation ist außerordentlich dazu geeignet, eine mächtige Einheitsfrontbewegung auszulösen. Die Arbeiter beginnen zu verstehen, daß die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer mit ihrer Tolerierungspolitik nur dem Unternehmertum und dem Faschismus in die Hände arbeiten.

Der Bankrott der sozialdemokratischen Politik zeigt sich besonders in Preußen, das von ihnen bisher als das Bollwerk gegen den Faschismus bezeichnet wurde. Die Braun-Severing-Regierung hat ebenso wie die Brüningregierung zu der Notverordnungs politik gegriffen, mit der nicht nur das Elend der Massen vergrößert, sondern auch die schlimmste Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiter getrieben wurde. Die Quittung ist ihnen bei der Landtagswahl von den Massen erteilt worden. Der große Stimmenverlust der Sozialdemokratie ist zu einem erheblichen Teile den Nationalsozialisten zugute gekommen. Aber auch der Koalitionspartner, das Zentrum, ist jetzt dabei, den Sozialdemokraten auch in der Preußenregierung einen Fußtritt zu versetzen und die Hitlerfaschisten in die Regierung zu nehmen. Severing versucht diesen Bankrott der SPD-Politik in einem Artikel des „Vorwärts“ dadurch vor den Massen zu verschleiern, daß er den Nationalsozialisten Gelegenheit geben will, in der Regierung Preußens zu beweisen, was sie von ihren Versprechungen erfüllen wollen. Die Sozialdemokratische Partei will er gewissermaßen „auf Erholungsurlaub“ schicken, um zuzusehen, wie die Nationalsozialisten regieren. Severing erklärt zwar noch nicht, daß die Sozialdemokraten auch eine solche Regierung tolerieren und jeden ernstesten Kampf der Massen gegen ihre Politik verhindern wollen. Aber die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu der Brüningregierung, ihr Eintreten für Hindenburg führt mit eiserner Konsequenz auch zur Unterstützung einer Hitler-Brüning-

Regierung. Sie werden einige oppositionelle Scheinmanöver machen, um die Massen zu betrügen. Die Kommunisten führen einen ernsthaften Kampf gegen den Hitlerfaschismus und rufen die werktätigen Massen zu diesem Kampfe auf. Sie lassen sich durch das erfolgte Verbot der Sturmabteilungen der Hitlerpartei nicht darüber täuschen, daß die Bourgeoisie darangeht, diese Streikbrecher- und Mordbanden Hitlers zu legalisieren, legal zu bewaffnen und zu kasernieren, um sie jederzeit gegen die kämpfende Arbeiterklasse einzusetzen. Die Pläne des Reichswehr- und Reichsinnenministers Groener laufen darauf hinaus, sowohl durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht als auch durch die Zusammenfassung aller arbeiterfeindlichen Kampforganisationen der Bourgeoisie die Schutzgarde gegen die Arbeiterklasse zu schaffen. Durch die neue Notverordnung vom 3. Mai „zur Sicherung der Staatsautorität“ soll den verbotenen Sturmabteilungen Hitlers die Möglichkeit der Legalisierung durch Einreichung ihrer Satzungen und Genehmigung durch den Reichsinnenminister gegeben werden.

Besonders charakteristisch für die Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland sind auch die Machinationen, die von einer gewissen Generalsclique, mit den Generalen von Schleicher und von Hammerstein an der Spitze, in Verbindung mit den Nationalsozialisten betrieben werden, um Vorbereitungen für eine Militärdiktatur für den Fall größerer Massenkämpfe zu treffen. Es besteht kein Zweifel, daß sich hinter dieser Clique auch all die Elemente der Bourgeoisie sammeln, die den Bruch der Beziehungen mit der Sowjetunion und den Krieg zu ihrer Vernichtung wollen. Den Treibereien dieser Clique arbeitet auch die Sozialdemokratie in die Hände, indem sie nicht nur die Arbeiter über die akute Kriegsgefahr hinwegtäuscht, sondern ihre Hetze gegen die Sowjetunion betreibt und jeden Zusammenschluß der Arbeiterschaft zur Einheitsfront für den ernsthaften Kampf zu verhindern sucht.

Die Lage ist also außerordentlich ernst. Wie auch die Verhandlungen über den Eintritt der Hitlerleute in Preußen und im Reiche ausgehen mögen, ob die Hitlerleute jetzt eintreten oder noch eine Zeitlang außerhalb der Regierung bleiben, die gesamte Politik der Bourgeoisie ist auf schärfsten Kampf gegen die Arbeiterklasse

und ihre Führung, gegen die Kommunistische Partei, eingestellt. Die Bourgeoisie hofft damit die Arbeitermassen von den Kämpfen zurückzuschrecken und rechnet dabei auf die Hilfe der Sozialdemokraten. Die Faschisierung geht in Deutschland in schnellem Tempo vor sich. Die Bourgeoisie plant ganz zweifellos auch ein Verbot der Kommunistischen Partei. Sie sieht die Gefahr, die ihr durch die Einheitsfrontpolitik der KPD droht. Sie will unbedingt den Ausweg aus der Krise auf Kosten der werktätigen Massen finden. Jeder Streik, jeder größere Massenkampf erschwert diese Absicht der Bourgeoisie. Das ist aber auch der Grund für die Kommunistische Partei, alle Kräfte an die Organisation breiter Massenkämpfe von den Betrieben und Stempelstellen aus zu setzen. Wenn es ihr bisher auch nicht gelang diese Kämpfe auszulösen, so findet doch ihr an die Arbeiterklasse gerichtetes Angebot zu gemeinsamen Kämpfen volles Verständnis und Bereitwilligkeit bei den Arbeitern. Die gleichen Erfolge hat die Kommunistische Partei mit ihrer Kampfpolitik im Dorfe, wo es ihr bereits gelang, die verelendeten Bauernmassen zur offenen Rebellion gegen die Zwangsversteigerungen und Vertreibung von ihrer Scholle zu führen. Die Kommunistische Partei geht jetzt daran, die Mängel und Schwächen in ihrer bisherigen Massenspolitik auszumerzen und damit die Fähigkeit zur Mobilisierung der werktätigen Massen für die Kämpfe zu erlangen. Unter ihrer Führung werden die Massen die Offensive gegen den Lohnabbau und gegen den Faschismus ergreifen und damit zugleich auch den revolutionären Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen aufnehmen.

*„Leningrader Prawda“, Leningrad, 7. Mai 1932  
(nach dem deutschen Original).*

# Die faschistische Diktatur als Herrschaftsform des Monopolkapitals in der Periode des parasitären, verfaulenden Kapitalismus

*Aus dem Bericht auf dem XIII. Plenum des  
Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale  
Dezember 1933*

Als in Rußland in der Mitte des Jahres 1917 die Kapitalisten und Junker die Soldaten in den Tod jagten, Rekorde in der Ausplünderung der Arbeiter und Bauern lieferten und das Land in die Katastrophe trieben, schrieb Lenin unter dem Titel: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“:

„Eine Katastrophe von beispiellosen Ausmaßen und eine Hungersnot drohen uns unabwendbar . . .

Dabei braucht man nur ein ganz klein wenig aufmerksam nachzudenken, um sich davon zu überzeugen, daß Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers vorhanden sind, daß die Kampfmaßnahmen völlig klar und einfach, völlig durchführbar, den Volkskräften durchaus angemessen sind und daß diese Maßnahmen *nur* deshalb, *ausschließlich* deshalb *nicht* getroffen werden, weil ihre Verwirklichung die beispiellosen Profite eines kleinen Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten beeinträchtigen würde.“ (W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 90 und 91.)

Diese in einer anderen Situation während der russischen Revolution geschriebenen Worte Lenins treffen heute auch auf das Deutschland der Thyssen, Krupp und Hitler zu. Die Lage der arbeitenden Klasse verschlechtert sich von Tag zu Tag. Der Brandgeruch imperialistischer Kriegausbeute zieht durch das Land. Die Katastrophe droht. Und das nur deshalb, weil ein Haufen habgieriger, parasitärer Kapitalisten und Junker seine Klassenprivilegien gegen die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung durch Gewalt und Betrug aufrechtzuerhalten versucht.

Der Klasseninhalt der faschistischen Diktatur in Deutschland wird durch die Zusammensetzung des „Generalrats der Wirtschaft“ demonstriert. Von 16 Personen in dieser eigentlichen

Regierung über Deutschland sind 9 Großindustrielle (fast ausschließlich Vertreter des Monopolkapitals), 4 Bankfürsten und 2 Großagrarien. Mitglieder sind der 39fache Aufsichtsrat, Bankier und Staatskommissar *Reinhardt*, der Schwerindustrielle und 20fache Aufsichtsrat *Vögler*, der 18fache Aufsichtsrat und Bankier *Fink*, der Multimillionär und 30fache Aufsichtsrat *Thyssen*, der Kanonenkönig und Millionenverdiener an der Rüstungsindustrie *Krupp*. Das Wirtschaftsministerium liegt in den Händen des Vertreters der Großbanken und der großen Versicherungstruste, *Schmitt*. Die Führung aller vereinigten gleichgeschalteten Kapitalistenverbände liegt in den Händen von *Krupp*. *Thyssen* wurde von Hitler zum „autoritären Schlichter“ aller Tarif- und Lohnstreitigkeiten in Westdeutschland ernannt.

Der gesamte kapitalistische Wirtschaftsapparat dient der Rettung einer kleinen Oberschicht von Kapitalisten. Durch die neue Kartellverordnung wird die bisher nicht kartellierte Industrie zusammengeschlossen, um sie in eine noch größere Abhängigkeit vom Monopolkapital und den Großbanken zu bringen. Stillstand, ja sogar Rückgang der Produktion und Vernichtung von Produktivkräften charakterisiert den Fäulnisprozeß des deutschen Kapitalismus. Die Staatskassen werden vom Monopolkapital auf die frechste Weise geplündert. Hunderte von Millionen Mark werden zur Aufrechterhaltung einer bankrotten Wirtschaft und bankrotter Betriebe verschleudert. Millionen von Werktätigen hungern, aber Millionen von Mark werden aus den Staatskassen für den Umbau und die Sanierung der Riesentruste aufgewandt. Den Aktionären und Millionären des Stahlvereins und der Gelsenkirchener Bergbau-AG wurden mit einem Schlage Hunderte Millionen Mark erpreßter Steuergelder in den Kachen geworfen, nachdem die Hermann-Müller- und Brüningregierungen die offenen Bankrotteure durch Millionensubventionen gefüttert und die Sozialdemokratie die „Sozialisierung“ der Verluste auf Kosten des Staates als Staatskapitalismus den Arbeitern mundgerecht zu machen versucht hatte. Im Dorf wird eine staatlich privilegierte Oberschicht der Junker und Großbauern gefördert, die die armen und mittleren Bauern noch mehr als bisher ausbeuten und entrechteten.

Der Einsatz des ganzen ökonomischen und staatlichen Appa-

rates der Bourgeoisie zur Rettung der Monopolkapitalisten und der großen Bankfürsten verschärft den Konkurrenzkampf innerhalb der Bourgeoisie, bei dem die einzelnen Kapitalisten ebenfalls um ihre Rettung kämpfen. Es wird der Gegensatz verschärft zwischen Industriekapital und Banken, zwischen Rohstoffproduzenten und weiterverarbeitender Industrie, zwischen Industrie- und Agrarkapital. Es geht der Kampf um die Frage der Preise und des Absatzes. Das Monopolkapital will sich zum alleinigen Beherrscher des gesamten Staatsapparates und des gesamten Wirtschaftsapparates machen. Die faschistische Hitlerpartei sucht sich als Partei des Monopolkapitals durch die „Gleichschaltung“ aller bürgerlichen Parteien, aller bürgerlichen Länderregierungen und aller bürgerlichen Organisationen ein politisches Monopol zu verschaffen und mit Hilfe der sogenannten Alleinherrschaft die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zu überwinden.

Die Bemühungen der faschistischen Diktatur, ihren Klassencharakter durch die Ideologie der „Volksgemeinschaft der Nation“, der Ersetzung der Klassen durch die „gleichberechtigte Vertretung von Berufsständen“, zu verstecken, werden von allen Parteien der II. Internationale unterstützt. Die österreichische „linke“ Sozialdemokratie, mit *Otto Bauer* an der Spitze, schuf die Theorie von der faschistischen Diktatur als der „Diktatur des Kleinbürgertums“. *Trotzki* bezeichnete die faschistische Diktatur als die „kleinbürgerliche Konterrevolution“.

Diese für die Arbeiterklasse sehr gefährliche Theorie bedeutet:

1. eine Unterstützung der faschistischen Demagogie, die die Diktatur der Thyssen und Krupp als „Herrschaft des gesamten Volkes“ mit dem von der Vorsehung berufenen „Führer“ zu verschleiern sucht;

2. eine nachträgliche Rechtfertigung der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, denn wenn die faschistische Diktatur als selbständige Kraft der Bourgeoisie gegenübersteht, dann — so sagen die Wels und Konsorten — war es prinzipiell richtig, mit Brüning und Teilen der Bourgeoisie eine Koalition gegen den Faschismus einzugehen;

3. den Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter von jeglichem Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie und gegen jede bürgerliche Herrschaftsform abzuhalten.

Zu einem alten Artikel im „Manchester Guardian“, der kürzlich in Berlin in einer Neuauflage verbreitet wurde und in dem die Ablösung der Hitlerdiktatur durch eine Militärdiktatur als wahrscheinlich bezeichnet wird, schrieb die Sozialdemokratie, daß eine solche Militärdiktatur eventuell unter Schleicher der Arbeiterschaft eine größere Handlungsfreiheit geben würde und eine Stufe sei, dem Sozialismus näherzukommen.

Die Neumann-Remmele-Gruppe in der KPD hat die sozialdemokratische Theorie von der „Diktatur des Kleinbürgertums“ abgewandelt zu einer „Diktatur des Lumpenproletariats“ und sie ergänzt durch die Theorie von einem „Systemwechsel“, von der Ablösung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Herrschaft der zum Lumpenproletariat herabsinkenden bürgerlichen Gesellschaft. Diese Theorie leugnet die Tatsache, daß in der faschistischen Diktatur der Inhalt der Klassenherrschaft der Bourgeoisie derselbe geblieben ist wie in der „Weimarer Demokratie“, und führt in der Konsequenz zu einer Gegenüberstellung der Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Diktatur. Sie bedeutet die Rechtfertigung der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Sozialdemokratie und leugnet das Herauswachsen der faschistischen Diktatur aus der bürgerlichen Demokratie.

## Offener Brief an alle ehemaligen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend

Junge Freunde und Kameraden!

Warum schreibe ich Euch diesen Brief? Warum fühle gerade ich mich dazu berufen? Um es gleich vorweg zu sagen: Es steht jetzt vor Euch mehr denn je die dringende Aufgabe, gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend die Einheitsfront der werktätigen Jugend zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur und ihre jugendfeindlichen Maßnahmen zu schaffen. Eure Jugend, Eure Existenz, Eure Zukunft, Euer Leben ist in ernster Gefahr! Ihr dürft nicht mehr zaudern! Ihr müßt die Initiative in Euren Reihen ergreifen! Schlagt ein in die Bruderhand, die wir Euch reichen! Überwinden wir zusammen die unheilvolle Spaltung unserer Reihen! Schaffen wir zusammen die brüderliche, einheitliche Kampffront gegen unseren Feind, den Faschismus, die Hitlerdiktatur! Vereinigen wir uns wieder wie vor dem Weltkriege in einer gemeinsamen Kampforganisation, in einem Jugendverbände, in einer Partei, in einer Gewerkschaft!

Die Hitlerpartei hätte niemals ihr blutiges Henkerreich aufrichten können, wenn wir nicht gespalten gewesen wären, sondern einig und geschlossen gegen die Bourgeoisie gekämpft hätten, die zur Sicherung ihrer Herrschaft die Regierungsmacht an Hitler übergab. Viele Opfer haben wir deshalb bringen müssen. Aber noch ist es nicht zu spät. Wir haben die Kraft, die Hitlerdiktatur zu stürzen, wenn wir wieder die Einheit im Kampfe und die Einheit der Organisation schaffen.

Und nun, junge Freunde, warum wende gerade ich mich an Euch mit dieser Aufforderung? Ich half vor mehr als 30 Jahren, die erste sozialdemokratische Jugendorganisation in Deutschland zu schaffen. In den ersten Reihen der Sozialdemokratischen Partei, in persönlicher Verbindung mit Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Paul Singer, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, half ich mit, die Jugend mit den Lehren von Karl

Marx und Friedrich Engels bekannt zu machen und sie zum Klassenkampf gegen Militarismus und Krieg, gegen die Unternehmerwillkür zu erziehen. Einig und kühn, angefeuert durch unseren unvergeßlichen Karl Liebknecht, führte die damalige sozialdemokratische Jugend ihren Kampf und bekannte sich zum Klassenkampf und zum proletarischen Internationalismus. Sie war der Schrecken der Bourgeoisie, die die militärpflichtige Jugend als Kanonenfutter für den Krieg drillte.

Der Weltkrieg mit der unheilvollen Politik der sozialdemokratischen Führung zur Unterstützung der deutschen Bourgeoisie zerbrach der sozialdemokratischen Jugend alle Ideale, die sie von der Arbeiterbewegung hatte. Mit Stolz erinnere ich mich noch des mutigen Kampfes, den damals die im Marxismus geschulten Teile der Jugend gegen die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führer unternahmen. Ein Lehrkursus, den ich mit Berliner Jugendgenossen gegen diese Politik durchführte, wurde vom Parteivorstand zwangsweise unterbunden, ich selbst meiner Funktionen enthoben. Aber nicht nur die Ideale der sozialdemokratischen Jugend wurden durch diese Politik zerschlagen, sondern auch ihre Einheit und damit ihre Kampfkraft gebrochen. Und wie bei der Jugend, so auch bei der erwachsenen Arbeiterschaft. Im krassen Gegensatz zu der Lehre von Karl Marx von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und der Notwendigkeit des Klassenkampfes bildete die sozialdemokratische Führerschaft eine Koalitionsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und schuf den Glauben, daß es dadurch möglich sei, den Sozialismus zu verwirklichen. Sie hinderte das Proletariat an der Durchführung seines Kampfes um Brot und Freiheit und half damit der Bourgeoisie in der Sicherung ihrer Herrschaft.

Wir Kommunisten, mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze, haben von Anfang an den Kampf gegen diese verhängnisvolle Politik geführt und unausgesetzt versucht, die Einheit der Jugend und der erwachsenen Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Bourgeoisie wiederherzustellen. Vieler Opfer und vieler bitterer Erfahrungen hat es bedurft, um diesen Willen zur Einheit wiedererstehen zu lassen. Spät, aber nicht zu spät erkennen die ehemaligen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei

und der Jugend die Notwendigkeit, die Einheit wieder unter der alten Fahne des Klassenkampfes, die von den Kommunisten unbefleckt aufrecht gehalten wurde, herzustellen. In Frankreich und in Österreich bahnt sich eine mächtige Einheitsfront der Kommunisten und Sozialdemokraten an. Ein ehrliches, brüderliches Kampf Bündnis wurde geschlossen! Schulter an Schulter, wetteifernd in der Organisation des Kampfes gegen die Hitlerdiktatur und gegen den Faschismus, sind ehemalige sozialdemokratische Arbeiter und Kommunisten wieder vereinigt.

Aber noch stehen Zehntausende von Jungkameraden zögernd, abwartend beiseite und können sich noch nicht entschließen, ebenfalls diesen entscheidenden Schritt zu tun. Ihnen zu helfen, sie von der Notwendigkeit dieses Entschlusses zur Einheit und zu ihrer Verwirklichung in der kämpfenden Einheitsfront und in einer alle Jugendlichen umfassenden einheitlichen Kampforganisation zu überzeugen, das ist der Zweck dieses offenen Briefes an Euch. Wie ich an der Schaffung der ersten einheitlichen, sozialistischen Jugendorganisation in Deutschland beteiligt war, so will ich auch durch diesen Brief an Euch dazu beitragen, daß diese Einheit wieder herbeigeführt wird und damit die Kräfte im Proletariat geschaffen werden, mit denen die deutsche Arbeiterklasse nicht nur der Hitlerregierung die Durchführung ihrer arbeiter- und jugendfeindlichen Maßnahmen unmöglich machen, sondern mit denen sie auch die faschistische Diktatur zerschlagen und das Reich des Sozialismus aufrichten wird.

Junge Freunde, Kameraden! Wie es eine sehr gefährliche Illusion war, wenn Ihr den Behauptungen Glauben schenktet, daß ohne Klassenkampf, auf dem Wege der Anteilnahme sozialdemokratischer Führer an einer bürgerlichen Regierung die Interessen der Arbeiter und der Jugend wahrgenommen und auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie sich die Arbeiterschaft den Sozialismus erringen könne, so ist es eine nicht minder gefährliche Illusion, daran zu glauben, daß eines Tages, wie aus der Pistole geschossen, der Faschismus gestürzt werden könnte und man nur abzuwarten brauchte, daß er sich genügend abgewirtschaftet hat. Nein, der Sturz des Faschismus muß vorbereitet, muß in den Tageskämpfen um die kleinsten Forderungen der

Arbeiter in den Betrieben, in den Arbeitsdienstlagern und an den Stempelstellen organisiert werden. Und diese Aufgabe können die Arbeiter und die Jugend nur durch eine einheitliche Kampfgemeinschaft erfüllen. In diesen Kämpfen muß die Einheit der Jugend und der Arbeiterschaft geschaffen, müssen die Kräfte für den Sturz des Faschismus entwickelt werden. Zu diesen Tageskämpfen um die Teilforderungen und gegen die jugendfeindlichen Maßnahmen der Hitlerregierung rufen wir Kommunisten Euch zunächst auf. Wir werden in diesen Kämpfen siegen und damit das Kraft- und Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft für unsere entscheidenden Schlachten bis zum Siege über den Faschismus steigern.

Jungkameraden! Wie die Hitlerpartei keine Arbeiterpartei ist, so treibt auch die Hitlerregierung keine Arbeiterpolitik. Sie folgt nur den Befehlen der großen Bank- und Industriekapitalisten und der Junker, zur Erhaltung ihrer Herrschaft und der Sicherung ihres Profits die Arbeiter zu unterdrücken und jeden Widerstand zu brechen, um den Lohnraub und die Verschlechterung der Lebenshaltung aller Werktätigen durchzuführen. Sie hat es dabei besonders auf die werktätige Jugend abgesehen, an der sie nur das eine Interesse hat, sie für den Krieg als Kanonenfutter zurechtzumachen. Das ist der Zweck der Arbeitsdienstlager und der jetzt geplanten und teilweise schon durchgeführten militärischen Einberufung aller Jugendlichen, Jungen und Mädchen, zu einem einjährigen Arbeitsdienst. Das ist der Zweck des sogenannten Staatsjugendtages, des angeblich freien Sonnabends jeder Woche! Das ist der Zweck der Landhilfe! Das ist der Zweck der „Hitler-Jugend“! Im Geiste oder vielmehr im Drill des Nationalismus, des Chauvinismus, der Völkerverhetzung soll die werktätige Jugend ihrer Klasse, dem Proletariat, entfremdet und sturmreif für die Schützengräben gemacht werden. Aus den Betrieben wird die Jugend auf Grund des sogenannten Arbeitseinsatzgesetzes hinausgeworfen unter der heuchlerischen Angabe, damit Arbeitsplätze für die Familienväter frei zu machen.

Die ganze wirtschaftliche Existenz der Jugend, ihre berufliche Ausbildung, ihre ganze Zukunft ist damit in Frage gestellt. Es ist das größte Verbrechen, das die Hitlerregierung damit am

werktätigen Deutschland begeht. Die gesamte Arbeiterklasse muß sofort den Kampf dagegen aufnehmen. In jedem Betriebe, an jeder Stempelstelle, in den Arbeiterbezirken muß der Widerstand, der offene Kampf dagegen organisiert werden. Es ist die gemeinsame Sache aller erwachsenen Arbeiter und der Jugend! Es darf nicht zugelassen werden, daß die Jugend aus den Betrieben entfernt und zwangsweise zur Landhilfe und zum Arbeitsdienst transportiert wird. Noch auf den Bahnhöfen muß der Abtransport verhindert werden! Wir haben schon gute Beispiele dafür.

Die provokatorische und abenteuerliche Außenpolitik des deutschen Finanzkapitals und seiner Hitlerregierung ist auf den Krieg eingestellt. Sie hofft damit einen Ausweg aus der katastrophalen Lage im Innern des Landes zu finden. Der mißglückte Naziputsch am 25. Juli in Österreich sollte die Hitlerdiktatur auch auf dieses Land ausdehnen. Über Nacht hätte es zum Kriege kommen können, wenn dieser Putsch geglückt wäre. Mussolini stand schon mit seinen Truppen einmarschbereit. Wieder steht das Leben von Millionen Werktätigen, besonders der Jugend, auf dem Spiele. Sie sollen dem Kriegsverbrechen der deutschen Bourgeoisie geopfert werden. Es gilt diesem Verbrechen zuvorzukommen und es durch den gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur und der Herrschaft der Bourgeoisie unmöglich zu machen.

Das faschistische „Arbeitsgesetz“ vom 20. Januar 1934 richtet die nackteste Unternehmerwillkür auf, um einen unerhörten Lohnraub und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzuführen, angeblich, um damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Auslande zu ermöglichen. Alle Rechte, alle Tarifverträge sollen den Arbeitern genommen werden. Die Löhne sollen auf den Stand der Erwerbslosenunterstützung herabgedrückt werden. Wenn es der Hitlerregierung bisher noch nicht gelang, dieses Gesetz in vollem Umfange durchzuführen, so deshalb, weil sie nicht vermochte, die Kommunistische Partei zu zertrümmern und jeden Widerstand der Arbeiter zu brechen. Bis tief in die Reihen der werktätigen Nazi-anhänger geht die Empörung gegen dieses Gesetz und gegen die arbeiterfeindliche Politik der Hitlerregierung. Sogar die

faschistisch gedrillte „Hitler-Jugend“ wurde davon erfaßt. Die Nazianhänger haben sich den von Hitler versprochenen „Sozialismus“ anders vorgestellt und rebellieren jetzt offen gegen dieses Regime. Sie fangen an zu begreifen, daß Hitler nur dem Finanzkapital dient, das ihn jetzt dafür auch zum Reichspräsidenten gemacht hat.

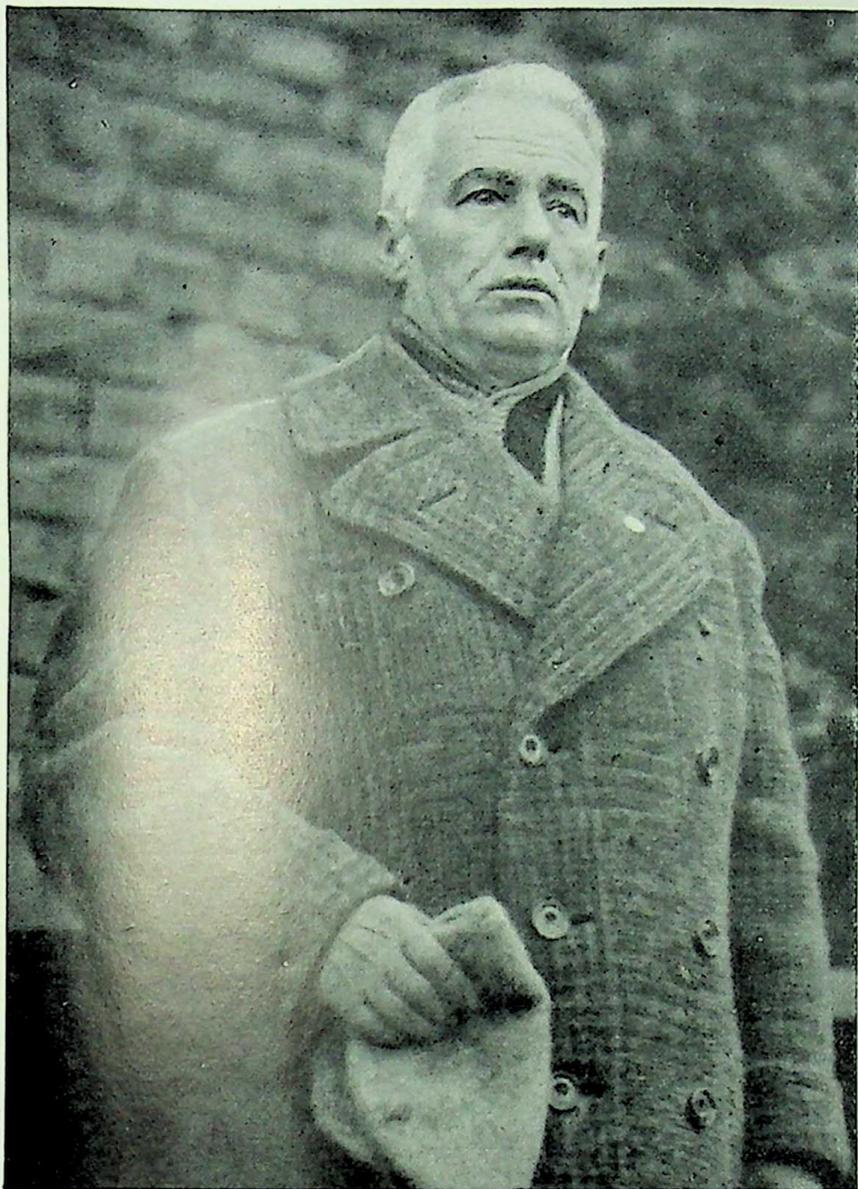
Die Krise in der Hitlerpartei hat mit der von Hitler befohlenen Ermordung einer großen Zahl von Naziführern am 30. Juni nicht etwa ihr Ende erreicht, sondern wächst unausgesetzt. Sie wird auch durch das sogenannte Volksplebiszit am 19. August nicht aufgehalten werden, ein millionenfaches „Nein“ muß diesem Kapitalsknecht auf dem Präsidentenstuhl die Antwort geben.

Ein ungeheures Massenelend, Hunger und Not, hat die Hitlerregierung über Deutschland gebracht. Wie die Arbeiterjugend und die Arbeiter immer tiefer in dieses Elend versinken, so geht es auch den Angestellten, den kleinen Beamten, den Kleingewerbetreibenden und den armen Bauern und Landarbeitern. Allen hatte Hitler versprochen, ihnen zu helfen. Sie haben diesem Versprechen geglaubt und ihre Hoffnung auf ihn gesetzt. Aber das Resultat der anderthalbjährigen Hitlerdiktatur hat ihnen den Betrug offenbart, der von Hitler an ihnen verübt wurde. Kein Aufstieg, kein Ausweg aus dem Elend, sondern in raschem Zuge geht es der Katastrophe entgegen. Keine noch so verlogene und schreiende Demagogie vermag das noch zu verschleiern. Auch die Jugend dieser Schichten ist am schlimmsten daran.

Junge Freunde, Kameraden! Ich habe nur ganz kurz die schwere Lage der Arbeiterschaft und der Jugend unter der Hitlerdiktatur aufgezeigt. Aber die Lage ist nicht hoffnungslos. Zum Verzagen und Pessimismus liegt kein Grund vor. Schon regen sich in der Arbeiterschaft die Kräfte, die einen Ausweg aus dieser Lage bringen werden. Die „Gestapo“ schreit fortgesetzt über die Wühlarbeit der Kommunisten. Weder Verhaftungen noch der schlimmste Terror vermögen diese Wühlarbeit der Kommunisten zu unterdrücken. Hitler hat nicht vermocht, deren Organisationen zu zertrümmern. Wenn die Kommunisten auch gezwungen sind, illegal zu arbeiten, so steht die Kommunistische Partei doch deutlich sichtbar vor der gesamten Arbeiterschaft,

in allen Betrieben und Stempelstellen und in den Arbeiterbezirken. Sie ist die einzige revolutionäre Kampfpartei, die Millionen von Arbeitern und Jugendlichen mit neuem Kampfgeist erfüllt. Um die Befreiung unseres eingekerkerten Führers, Genossen Ernst Thälmann, hat sich in der ganzen Welt eine Einheitsfrontaktion aller Werktätigen gegen den Hitlerfaschismus gebildet. Unter der Fahne der Kommunistischen Internationale und der sozialistischen Siege der Arbeiter- und Bauern diktatur in der Sowjetunion sammeln sich die werktätigen Massen für den Freiheitskampf gegen den Faschismus, für die Verwirklichung der Lehre von Marx, Engels und Lenin.

Im Lande der proletarischen Diktatur, in der Sowjetunion, ist durch Beton und Eisen, durch Fabriken und gewaltige Kollektivwirtschaften, durch die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen der Sozialismus Wirklichkeit geworden. Dort gehören Land, Fabriken, Rohstoffe, Maschinen nur den Werktätigen. Sie bestimmen Art und Umfang der Produktion nach ihren Bedürfnissen. Dort gibt es keine Erwerbslosigkeit. Dort steigt unausgesetzt der Wohlstand der werktätigen Massen. Dort hat die Jugend volle Entfaltungsmöglichkeit ihrer Fähigkeiten. Alle Hochschulen stehen ihr zur Verfügung. In den Betrieben und in den Sowjets hat die Jugend die volle Gleichberechtigung. An der Spitze der Stoßbrigaden für den sozialistischen Aufbau steht die Jugend. Ein stolzes, frohes Geschlecht wächst in dieser Jugend heran. Die Sowjetunion treibt keine Kriegspolitik, sondern die einzig wahre Friedenspolitik. Davon zeugen auch ihre Abrüstungsvorschläge und ihre Vertragspolitik. Ihre Rote Armee dient nur dem Schutze des Landes vor den Kriegsüberfällen der imperialistischen Mächte. Die gewaltigsten Siege im sozialistischen Aufbau der Industrie und der Landwirtschaft wurden erreicht. Unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) mit ihrem großen Führer Stalin an der Spitze und unterstützt durch die grandiose Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes marschiert dieses Land der klassenlosen Gesellschaft entgegen. Was will demgegenüber die erbärmliche Hetze bedeuten, die von den Nazis gegen die Sowjetunion betrieben wird?! Jungkameraden, schaffen auch wir uns in unserem Deutschland ein solches Land!



*Wilhelm Pieck auf der Massenkundgebung am 15. Januar 1933 an den Gräbern  
Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde*



Junge Freunde, Kameraden!

Begreift, was in diesen Monaten für Euch, für uns alle in Deutschland auf dem Spiele steht. Der Wille zur Einheit in den Reihen der Arbeiterschaft und der Jugend wächst. Bringen wir diesen Willen zum Durchbruch, zur Tat! Ergreift in allen Orten die Initiative, tretet sofort mit dem Kommunistischen Jugendverband oder der Kommunistischen Partei zusammen, um Vereinbarungen für den gemeinsamen Kampf in den Betrieben, in den Stempelstellen gegen die jugendfeindlichen Maßnahmen der Hitlerregierung zu treffen. Folgt den Beispielen, die Euch schon Tausende Eurer Kameraden gegeben haben. Ihr könnt versichert sein, daß Ihr als völlig gleichberechtigte Kameraden aufgenommen werdet. Offen und ehrlich reichen wir Euch die Hände zum Bruderbund für unsere gemeinsame Sache. Laßt Euch nicht einreden, daß wir Kommunisten nur ein Manöver mit Euch machen wollen. Wer so spricht, will nicht die Einheit der Arbeiterklasse. Wir Kommunisten wollen aber die Einheit im Kampfe und die Einheit der Organisation in der Jugend, in der Partei, in der Gewerkschaft, im Sport, in der Roten Hilfe und überall. Schaffen wir den gemeinsamen Massenselbstschutz gegen den faschistischen Terror! So geeint, werden wir auch die werktätigen Jugendmassen aus der katholischen Front und auch aus der Hitlerfront in unsere Kampfgemeinschaft einreihen. So werden wir in Deutschland Hitler schlagen, den Faschismus vernichten und ein freies, sozialistisches Deutschland, Brot, Freiheit und eine freie Zukunft für alle Werktätigen schaffen.

Jungkameraden, Jungen und Mädchen der ehemaligen Sozialdemokratischen Arbeiterjugend! Legt diesen Brief nicht ungenutzt beiseite! Bringt den alten Ruf der ersten proletarischen Jugendorganisation wieder zu Ehren! Schafft mit uns Kommunisten zusammen wieder die Einheit und den revolutionären Schwung der werktätigen Jugend! Jeder von Euch trägt die Verantwortung dafür! Jeder von Euch sei Agitator und Organisator dieses großen Werkes der proletarischen Einheit und des Sieges der Arbeiterklasse.

4. August 1934.

Mit brüderlichem Gruß  
Wilhelm Pieck

*Illegale Flugschrift.*

## Unser Kampf gegen Chauvinismus und imperialistischen Krieg

Der Hitlerfaschismus betreibt in täglich steigendem Maße die chauvinistische Verhetzung der deutschen Volksmassen, um sie für seine von den Interessen der Großkapitalisten und Junker diktierte Kriegspolitik einzufangen und sie als Kanonenfutter für den Krieg zu gebrauchen. Diesem Zweck soll auch die durch das Gesetz vom 16. März 1935 von der Hitlerregierung proklamierte allgemeine Militärdienstpflicht dienen. Die Politik der Hitlerregierung ist ein starker Beweis für die Richtigkeit der Feststellung des Genossen Stalin, daß der „Chauvinismus und die Vorbereitung des Krieges als Hauptelemente der Außenpolitik“ der bürgerlichen Staaten zu betrachten sind.

Die besonders geartete und hochgesteigerte chauvinistische Verhetzung in Deutschland hat ihre Ursache in dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus und in den inneren Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur. Nachdem sich der deutsche Imperialismus in den Jahren der relativen Stabilisierung von der Kriegsniederlage erholte und wieder erstarkte, wird für ihn der Kampf um neue Absatzmärkte zu einer Frage der Neuerteilung Europas, auf deren Lösung er mit großem Ungestüm hinarbeitet. Da dies nicht ohne einen neuen Krieg möglich ist, so setzt er alle Kräfte an die militärische Aufrüstung und Vorbereitung des Krieges. Da aber die siegreiche Durchführung dieser Pläne nur möglich ist, wenn es ihm gelingt, den von der KPD organisierten Massenwiderstand des Proletariats zu brechen, so muß die Bourgeoisie gleichzeitig auch alles daransetzen, die Kommunistische Partei zu zertrümmern. Das ist der Grund, warum sie die faschistische Diktatur auf die von ihr großgezogene extrem nationalistische Partei, die Hitlerpartei, übertrug.

Schon bevor Hitler diesen Auftrag vom Finanzkapital erhielt, hatte er breite kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten durch

die von ihm betriebene nationalistische Agitation mit dem Gift des Chauvinismus verseucht. Nach der Niederlage Deutschlands im imperialistischen Krieg 1914 bis 1918 wurden die werktätigen Massen auch der nationalen Unterdrückung durch die Siegermächte ausgeliefert. Ein tiefer Haß erfüllte breite Volksmassen gegen ihre nationalen Unterdrücker. Das schuf für die deutsche Bourgeoisie günstige Bedingungen für die ideologische Vorbereitung ihrer imperialistischen Eroberungsabsichten. Es gelang ihr die Hitlerpartei, die ihre chauvinistische Ideologie mit einer hemmungslosen sozialen Demagogie und Betrugerei verband, zur Trägerin einer Massenbewegung zu machen. Das nationalistische Kraftmeiertum der Hitlerpartei bot dem deutschen Kleinbürger einen gewissen Trost und stachelte seine Rache gegen die nationale Unterdrückung und Demütigung an. Der in diese Massenbewegung immer tiefer eindringende Chauvinismus übte seine Anziehungskraft auf immer neue schwankende kleinbürgerliche Schichten aus. Und gerade das veranlaßte das deutsche Finanzkapital, Hitler mit der Ausübung der faschistischen Diktatur zu betrauen.

Die faschistische Diktatur hat während ihres zweieinhalbjährigen Bestehens einige Erfolge aufzuweisen, sowohl in der Saarabstimmung als auch in der Durchsetzung der militärischen Aufrüstung und Kriegsbereitschaft des deutschen Imperialismus. Der Hitlerfaschismus wurde dabei unterstützt durch die Politik der westeuropäischen imperialistischen Staaten, deren Kräfte durch die imperialistischen Gegensätze und die inneren Klassenspannungen gebannt sind. Besonders ist es die schwankende Politik des englischen Imperialismus, die es der Hitlerregierung ermöglichte, die Versailler Bestimmungen über die deutsche Wehrmacht zu durchbrechen und die allgemeine Militärdienstpflicht zu proklamieren. Das nutzt der Hitlerfaschismus besonders zur Steigerung der chauvinistischen Hetze aus, um damit die werktätigen Massen von den inneren Schwierigkeiten im Lande abzulenken.

Die Faschisten versuchen den Werktätigen einzureden, daß der Faschismus die nationale Ehre des deutschen Arbeiters verteidige. Und nicht nur das, man versucht den deutschen Arbeitern einzureden, daß sie besser seien als die französischen, eng-

lischen oder russischen Arbeiter. Mit ihrer Rassentheorie, die im Grunde genommen auch nur der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dient, konstruieren sie das deutsche Volk zu einer „Herrenrasse“, dem ein größerer „Lebensraum“ verschafft werden müsse. Dabei suchen sie geschickt den nationalen Instinkten zu schmeicheln, wie das von Dr. Ley auf der Leipziger Tagung der „Arbeitsfront“ geschah: „Der Deutsche ist als Kuli zu schade.“ Das hindert aber die Faschisten nicht, die deutschen Arbeiter zur Zwangsarbeit zu treiben und zu völlig rechtlosen Lohnsklaven des Unternehmers zu machen. Die aus den Lohnabzügen der Arbeiter aufgebrauchten Mittel für die Organisation „Kraft durch Freude“ werden von den Faschisten zur nationalistischen Propaganda benutzt. Die faschistische Theorie von der höheren Rasse ist — wie Genosse Stalin ausführte — von der Wissenschaft so weit entfernt wie der Himmel von der Erde. Aber sie dient den Faschisten zu dem realen Zweck, die werktätigen Massen der imperialistischen Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung gefügig zu machen.

Der Faschismus versucht den werktätigen Massen einzureden, daß ihre Interessen verbunden seien mit den Zielen des Finanzkapitals, den Eroberungsplänen der Imperialisten. „Volk ohne Raum“ hetzen die Kriegsschürer und weisen auf die Eroberung von „Raum im Osten“. In Deutschland selbst befindet sich ungeheurer Großgrundbesitz, durch dessen Enteignung ohne imperialistischen Krieg massenhaft Raum für das Volk gewonnen werden könnte. Aber es kommt eben den Faschisten nicht darauf an, den werktätigen Volksmassen größeren Lebensraum zu verschaffen. Ihr Schrei nach dem „Raum im Osten“ ist nichts anderes als die Unterstützung der imperialistischen Raubgelüste und der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion.

Der Faschismus versucht aber auch die Arbeitermassen durch die Anknüpfung an ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen für die Kriegsabsichten der deutschen Bourgeoisie zu gewinnen. Das geschieht durch ihre Parole „Krieg schafft Arbeit“. Man versuchte die allgemeine Militärdienstpflicht den Arbeitern dadurch annehmbar zu machen, daß angeblich die zum Militär einberufenen Jugendlichen den älteren Arbeitskräften in den Betrieben Platz machen und daß der Riesenbedarf der neuen

Armee Hunderttausenden von Arbeitern Beschäftigung verschaffe. Diese Argumentation ist nicht neu. Die Arbeiter sollen veranlaßt werden, kleine Tagesvorteile gegen ihre Klasseninteressen einzutauschen. Diese Art von Arbeitsbeschaffung widerspricht den Klasseninteressen des Proletariats. Die Rüstungskosten müssen nicht nur fast gänzlich von den werktätigen Massen aufgebracht werden, Millionen von ihnen müssen diese „Arbeitsbeschaffung“ auf den Schlachtfeldern mit dem Tode bezahlen. Die Proletarier sollen ihren internationalen Klassenaufgaben entfremdet und den Klasseninteressen der Bourgeoisie dienstbar gemacht werden. Dazu kommt, daß damit die Bourgeoisie ihren Gewaltapparat zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verstärkt.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten, die Kriegsabsichten der Bourgeoisie vor den Massen klar aufzuzeigen und den Zweck der chauvinistischen Hetze der Faschisten zu enthüllen. Der Klasseninhalt der faschistischen Ideologie wird von den Massen noch wenig erkannt. Deshalb besteht die große Gefahr, daß es den Faschisten tatsächlich gelingt, die Massen durch die chauvinistische Hetze zu verwirren und sie in den Krieg hineinzutreiben. Der Kampf gegen den Chauvinismus und gegen die Kriegspolitik des Hitlerfaschismus ist deshalb eine der ernstesten Aufgaben, die vor uns stehen.

Der Hitlerfaschismus versucht selbstverständlich, auch bestimmte Schichten der Arbeiterschaft durch Gewährung von Vorteilen gegenüber der übrigen Arbeiterschaft für sich und die Rüstungs- und Kriegspolitik des Finanzkapitals zu gewinnen. Diese besonderen Vorteile oder jedenfalls die Heraushebung aus den übrigen Schichten der Arbeiterschaft bestehen in der Gewährung höherer Löhne für bestimmte hochqualifizierte Arbeiter, der relativen Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Gewährung des Urlaubs und Reisen durch die Organisation „Kraft durch Freude“ und einiges andere. Es ist kein Zweifel, daß die Faschisten damit einen Eindruck auf diese Schichten der Arbeiter machen und daß es schon eines hochentwickelten Klassenbewußtseins bedarf, wenn diese Arbeiter ihren Klassenpflichten treu bleiben und weiterhin gegen den Faschismus kämpfen. Die Faschisten verfolgen damit die Absicht, die arbeiteraristokrati-

schen Elemente zu beeinflussen, nach Möglichkeit auch aus ihren in die Betriebe gesandten Anhängern neue, wenn auch besonders geartete Elemente einer Arbeiterbürokratie herauszubilden. Das ist eine besondere Gefahr angesichts der unmittelbaren Vorbereitung für den Krieg. Die Faschisten versuchen diese Schichten der Arbeiter an der Durchführung ihrer Kriegspolitik zu interessieren und reden ihnen ein, daß auch sie große Vorteile davon hätten.

Der Chauvinismus ist auch für die Faschisten das Mittel, die werktätigen Massen für den imperialistischen Krieg, besonders für den konterrevolutionären Krieg gegen die Sowjetunion, zu gewinnen oder zumindest ihren Widerstand dagegen abzuschwächen. Die chauvinistische Verhetzung der Massen vollzieht sich täglich in den Reden und Zeitungsartikeln der faschistischen Führer, die zwar immer wieder ihren Friedenswillen betonen, aber eben damit nur die Volksmassen über ihre wahren Absichten zu täuschen versuchen. Richtig ist, daß in den Volksmassen eine sehr starke Angst vor dem kommenden Krieg vorhanden ist. Die Fortschritte in der Kriegstechnik, die Ausbildung der Luftwaffe und die Anwendung des Giftgases zur Vernichtung des Gegners werden den Krieg nicht nur auf die unmittelbaren Schlachtfelder begrenzen, sondern tief in das Land, in die Städte und Dörfer tragen und dort kaum vorstellbare Verwüstungen und Vernichtungen an Leben und Gütern anrichten. Diese Perspektive ist grauenvoll genug, den Menschen Angst und Schrecken einzuflößen. Das wissen natürlich auch die Faschisten — und darum die Betonung ihres Friedenswillens. Zwar entlarvt ihre chauvinistische Hetze ihre Kriegspläne, aber wir müssen die Gefahr sehen, daß diese Hetze gewisse Wirkungen auf die Massen, besonders auf die werktätige Jugend, ausübt. In diesen Tagen wird von den Faschisten sogar versucht, den Pakt, der zwischen der Sowjetunion und der französischen Regierung zur Sicherung des Friedens abgeschlossen wurde, zur chauvinistischen Verhetzung des werktätigen Volkes in Deutschland auszunutzen, indem er als ein gegen Deutschland gerichtetes Kriegsbündnis bezeichnet wird. Die Tatsache, daß Deutschland eingeladen wurde, sich dem Pakt anzuschließen, wird den Massen verheimlicht.

Die Gefahr, daß die werktätigen Massen im Augenblick einer Kriegsprovokation der Hitlerregierung durch den chauvinistischen Taumel in die Kriegspsychose hineingerissen werden, ist sehr groß. Man braucht sich nur der Juli- und Augusttage von 1914 zu erinnern. Auch damals waren breite Volksmassen von einer panikartigen Furcht vor dem Ausbruch des Krieges erfaßt. Die von den Sozialisten in allen Ländern organisierten Protestmeetings gegen die Kriegsgefahr erfaßten Millionen von Arbeitern, Bauern und städtischen Handwerkern. Als dann das Kriegsgewitter hereinbrach, da schwemmte der chauvinistische Platzregen nicht nur die Furcht der Massen, sondern alle Proteste und Widerstände, sogar die ganze II. Internationale hinweg. Millionen von ehrlichen proletarischen Klassenkämpfern wurden durch den Verrat der sozialdemokratischen Führer an sich selbst und an der Sozialdemokratie irre und verfielen dem chauvinistischen Rausch.

Der Sozialchauvinismus war die Fortentwicklung des Opportunismus, der ebenso wie der Sozialchauvinismus von der Zusammenarbeit der Klassen ausgeht und die Gemeinsamkeit der Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats voraussetzt. Die Führung der Sozialdemokratie hat auch am Vorabend des Weltkrieges von 1914 keinen Kampf gegen den Chauvinismus und gegen den imperialistischen Krieg geführt. Sie konnte ihn nicht führen, weil sie die Klassenpolitik des Proletariats preisgegeben hatte und damit zur Politik der Vaterlandsverteidigung kam. Diese Politik ermöglichte es der Bourgeoisie in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, die Proletarier für die Verteidigung der Profitinteressen des Kapitals einzusetzen, die Proletarier gegeneinander zu hetzen, damit sie auf den Schlachtfeldern sich gegenseitig zerfleischen. Nur im Zusammenwirken der Proletarier in allen kapitalistischen Ländern, in der Praktizierung des proletarischen Internationalismus kann der Krieg verhindert und, falls er doch eintritt, in den Bürgerkrieg zur Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie in jedem Lande verwandelt werden und damit zu einem Siege des Proletariats führen. Der Sieg der Bourgeoisie in einem Krieg führt nur zur weiteren Unterdrückung und gesteigerten Ausbeutung des Proletariats und zu weiteren Kriegen. Das ist die Lehre, die gerade

der Weltkrieg den Proletariermassen mit einer grauenhaften Deutlichkeit gezeigt hat.

In Deutschland hat die chauvinistische Hetze eine Steigerung erreicht, wie sie vor dem imperialistischen Weltkrieg von 1914 bis 1918 nicht vorhanden war. Der deutsche Imperialismus versucht in Vorbereitung des Krieges große ideologische Reserven in den Volksmassen zu mobilisieren, um sich die Durchführung seiner Kriegspläne zu sichern. Diese ideologische Vorbereitung des Krieges signalisiert die unmittelbare Gefahr, die den Frieden bedroht. Die Lage ist so, daß, wie im August 1914, über Nacht das Kriegsunglück über die werktätigen Massen hereinbrechen kann.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, mit aller Kraft gegen diesen Strom der chauvinistischen Völkerverhetzung zu kämpfen und das Banner des proletarischen Internationalismus breit vor den Massen zu entfalten. Die Aufgabe ist nicht leicht. Wir müssen uns der großen Schwierigkeit dieser Aufgabe bewußt sein. Schon die Saarabstimmung hat uns diese Schwierigkeit aufgezeigt. Aber hier handelte es sich nur um eine Abstimmung, bei der wir versuchten, der Saarbevölkerung verständlich zu machen, daß es unter den durch die Hitlerdiktatur in Deutschland geschaffenen Zuständen für das werktätige Volk wichtig war, gegen den Anschluß zu stimmen, daß ein Sieg Hitlers in der Anschlußfrage einen Schlag gegen das Proletariat bedeutete und eine Steigerung der Unterdrückung, des Terrors und der Ausbeutung wie auch der Kriegsprovokationen durch Hitler zur Folge haben mußte. Die Entwicklung seit der Saarabstimmung hat diese Voraussage der Kommunisten vollauf bestätigt. Es ist uns damals nicht gelungen, die werktätigen Massen davon zu überzeugen und den Sieg Hitlers in dieser Frage zu verhindern. Sehr viel ernster steht aber diese Frage angesichts der drohenden Kriegsgefahr. Nicht nur, daß man uns Kommunisten wegen unserer Stellungnahme, wegen unseres Eintretens für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie als Landesverräter brandmarken und verfolgen wird, nicht nur, daß der gesamte Machtapparat der faschistischen Bourgeoisie mit noch viel größerer Kraft als bisher gegen uns eingesetzt wird, die Welle des Chauvinismus wird über den Köpfen der Massen zusammen-

schlagen, wenn es uns nicht gelingt, mit Erfolg gegen den Strom zu schwimmen und die Massen der chauvinistischen Verhetzung zu entreißen.

Der proletarische Internationalismus erfordert nicht nur die Verkündung der internationalen Solidarität des Proletariats — das hat die II. Internationale vor 1914, in Worten wenigstens, auch getan —, er erfordert vor allem, daß der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Kriegsvorbereitungen organisiert und geführt wird, daß die wirtschaftliche und politische Krise der Bourgeoisie, die im Kriege rasch heranreift, zum Sturze der bürgerlichen Herrschaft ausgenutzt, daß die proletarische Revolution vorbereitet und durchgeführt wird. Darin lag der Verrat des proletarischen Internationalismus durch die II. Internationale, daß sie diese Aufgabe nicht nur nicht stellte, sondern das Gegenteil tat, an Stelle des Klassenkampfes den Burgfrieden mit der Bourgeoisie zur Durchführung ihrer Kriegsmaßnahmen und ihrer imperialistischen Eroberungspläne schloß.

Im Gegensatz zu den Reformisten, die zwar die Existenz der Klassen und des Klassenkampfes nicht leugnen, aber doch die Durchführung des Klassenkampfes sabotieren und zu verhindern versuchen, leugnet der Faschismus die Existenz der Klassen und setzt an die Stelle des Klassenkampfes die „Volksgemeinschaft“, die Vorstellung, daß Proletariat und Bourgeoisie ein gemeinsames Volksganzes seien und daß der Staat diesem Volksganzem entspreche. Natürlich entspricht diese Ideologie durchaus den Interessen der Bourgeoisie und den kriegerischen Eroberungsplänen des Imperialismus, denn nur unter dieser Ideologie können sie die werktätigen Massen unter der Losung der Vaterlandsverteidigung als Kanonenfutter für ihre Interessen gebrauchen.

Die Verteidigung des Vaterlandes durch die werktätigen Massen kann jedoch nur in der Weise erfolgen, wie es Lenin im Dezember 1914 den russischen Arbeitern empfahl:

„Man kann im 20. Jahrhundert in Europa (und sei es auch im fernen Osteuropa) nicht anders das ‚Vaterland verteidigen‘, als indem man mit allen revolutionären Mitteln gegen die Monarchie, die Grundbesitzer und Kapitalisten des *eigenen Vaterlandes*, das heißt gegen die *schlimmsten* Feinde seiner Heimat, kämpft . . .“

Die zweieinhalb Jahre Hitlerdiktatur haben hinlänglich bewiesen, daß der Faschismus als die Diktatur des Finanzkapitals der schlimmste Feind unserer deutschen Heimat, der schlimmste Feind von 95 Prozent des deutschen Volkes ist. Diese Tatsache müssen wir den werktätigen Massen begreiflich machen, damit werden wir am besten auch dem Chauvinismus und dem imperialistischen Krieg entgegenwirken und verhindern, daß die Arbeiter und die Arbeiterjugend durch die Volksgemeinschaftsphraseologie den Kriegszwecken der Bourgeoisie dienstbar gemacht werden. Wir müssen den Massen begreiflich machen, daß Hitler nicht der Befreier des deutschen Volkes, sondern sein schlimmster Unterdrücker ist, der im Auftrage des Finanzkapitals nur Unglück und Verderben über die Volksmassen bringt. Wenn auch Hitler in der Durchbrechung der Versailler Bestimmungen über die Einschränkung der deutschen Militärmacht einen Erfolg verbuchen kann und sich die „Gleichberechtigung“ in der Kriegsausrüstung selbst genommen hat, so bedeutet das nicht die „nationale Befreiung“ der deutschen Volksmassen, sondern diese Maßnahmen sind verbunden mit einer unerhört harten sozialen Unterdrückung durch die eigene Bourgeoisie, die noch ergänzt werden soll durch die Unterdrückung fremder Völker durch den deutschen Imperialismus. Es kommt hinzu, daß die Kosten für diese „Gleichberechtigung“ in der Wettrüsterei ganz ausschließlich den werktätigen Massen aufgebürdet werden, daß ihre Lebenshaltung herabgedrückt wird und sie ihr Leben und ihre Gesundheit der imperialistischen Kriegsbestie opfern sollen.

Der Chauvinismus in Deutschland kehrt sich besonders aktiv gegen die Sowjetunion. Seit Monaten wird eine steigende Hetze unter Aufbietung aller Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion betrieben. Die Kriegsabsicht gegen die Sowjetunion tritt deutlich in der Propaganda über die Schaffung von „Lebensraum im Osten“ hervor, wie sie besonders von Rosenberg, dem intimsten Ratgeber von Hitler, seit langem betrieben wird. In seiner letzten Rede hat Hitler unter dem Deckmantel der „Lokalisierung des Krieges“ die Forderung nach einem Freibrief für den Antisowjetkrieg erhoben. In der Hauptsache steht für den deutschen Imperialismus die Frage der Eroberung von

Sowjetland als Rohstoffquelle und als Absatzgebiet. Aber in nicht minderem Maße ist es die Gefahr, die seiner Herrschaft droht durch die Tatsachen der sozialistischen Siege in der Sowjetunion, der Ausbreitung des allgemeinen Wohlstandes aller Werktätigen, der Verwirklichung der Sowjetdemokratie und durch die Auswirkung dieser Tatsachen auf die werktätigen Massen in Deutschland, durch deren wachsende Sympathie für die Sowjetunion und den steigenden Ansporn, den gleichen Weg wie die russischen Arbeiter und Bauern zu gehen. Der deutsche Imperialismus begreift ebenso wie die Machthaber in den anderen kapitalistischen Ländern, welche Gefahr ihnen daraus besonders bei der Durchführung ihrer Kriegspläne droht, welche ungeheure Kraft im Bewußtsein der werktätigen Massen und für ihre Erhebung zur revolutionären Beendigung des Krieges durch die proletarische Revolution die Existenz der Sowjetunion mit ihrer Roten Armee und ihren bewaffneten Volksmassen ist.

Der Hitlerfaschismus versucht seine Aufrüstung für den Krieg mit dem Hinweis auf die gesteigerte Wehrkraft der Sowjetunion, die große Schlagkraft der Roten Armee und Flotte und der Roten Luftarmee zu begründen. Er versucht den deutschen Volksmassen einzureden, daß ihnen von dieser Wehrkraft der Sowjetunion eine Gefahr drohe und daß deshalb die Steigerung der deutschen Militärmacht die einzige Garantie gegen einen Angriff sei und dem Schutze des deutschen Volkes diene. Der deutsche Faschismus versucht bewußt den Unterschied, der zwischen der Roten Armee der Sowjetunion und der braunen Armee Hitlerdeutschlands besteht, vor den Massen zu verwischen. Die Proklamierung der Militärdienstpflicht in Deutschland, die ungeheuren Kriegsaufrüstungen, die Schaffung der Luftgeschwader, der Großkampfschiffe und der Unterseeboote durch den deutschen Imperialismus und seine Hitlerregierung dienen bewußt kriegerischen Angriffszwecken, der Verwirklichung der Eroberungspläne. Das deutsche Volk darbt und hungert, alle Staatsausgaben für die Sozialfürsorge werden bis auf ein Minimum gedrosselt, den Bauern werden im Interesse der Kriegswirtschaft die schlechtesten Absatzbedingungen aufgezwungen, der städtische Mittelstand geht unter den Auswirkungen der großkapitalistischen Kriegspolitik der Hitlerregierung zugrunde, aber Milliarden von

Mark werden in die Kriegsausrüstung hineingesteckt. Die in die Kriegsrüstung hineingesteckten Milliarden sollen sich rentieren. Das ist nur auf dem Wege des Krieges, der Eroberung fremden Landes möglich.

Die Rote Armee der Sowjetunion dient nur der Verteidigung der Sowjetgrenzen. Daß diese ernsthaft durch die Imperialisten bedroht sind, bedarf keiner Beweisführung. Das Zusammenwirken des deutschen und des japanischen Imperialismus ist nur auf den Angriff gegen die Sowjetunion gerichtet. Wenn dieser Angriff bisher nicht erfolgte, so lag das zum Teil daran, daß der deutsche Imperialismus mit seiner Aufrüstung noch nicht so weit war, zum größeren Teile aber daran, daß die Wehrkraft der Sowjetunion derart gestiegen ist, daß der Angriff auf ihre Grenzen ein äußerst riskantes Unternehmen ist. Aber der Imperialismus läßt sich nicht von irgendwelchen Vernunftgründen und Rücksichten auf die Interessen der Volksmassen leiten. Die wachsenden inneren Schwierigkeiten in allen kapitalistischen Ländern lassen ihm den Krieg noch als einzigen Ausweg erscheinen. Und darum wächst die Gefahr des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion.

Die Sowjetunion hat in ihrer gesamten Außenpolitik ihren festen Willen zur Erhaltung des Friedens zum Ausdruck gebracht. Ihre Vorschläge beim Völkerbund zur völligen und (nach deren Ablehnung) zur teilweisen Abrüstung, ihr Eintritt in den Völkerbund, der Abschluß ihrer Nichtangriffspakte mit kapitalistischen Ländern sind der Ausdruck ihres festen Friedenswillens. Das sind Tatsachen und nicht etwa inhaltlose Friedensbeteuerungen, wie sie Hitler fortgesetzt in die Welt hinausposaunt, während in seinen Taten das Gegenteil hervortritt und zeigt, daß der Hitlerfaschismus der Hauptkriegsbrandstifter ist. Gerade der zwischen der Sowjetunion und der französischen Regierung abgeschlossene Pakt zur Sicherung ihrer Grenzen ist kein Kriegspakt, bedeutet nicht eine Gefährdung, sondern eine Sicherung der Grenzen Deutschlands. Es bedarf dazu nur der Bereitwilligkeit der deutschen Hitlerregierung, sich diesem Pakt anzuschließen. Das wird aber von der Hitlerregierung abgelehnt, und gerade darin kommt der Kriegswille des deutschen Imperialismus zum Ausdruck.

Die Verteidigung der Sowjetunion durch das internationale Proletariat ist das oberste Gebot des proletarischen Internationalismus. Der Kampf gegen die vom deutschen Faschismus hochgesteigerte chauvinistische Hetze muß in erster Reihe von diesem Prinzip aus geführt werden. Die Interessen des werktätigen Volkes Deutschlands können nicht besser gewahrt werden, als wenn es den deutschen Kommunisten gelingt, die kämpfende Einheitsfront und die antifaschistische Volksfront für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die konterrevolutionären Kriegspläne des deutschen Imperialismus zu schaffen. Nur dadurch kann der Krieg verhindert, nur dadurch der Friede dem deutschen Volke erhalten werden. Wäre eine militärische Niederlage der Sowjetmacht in einem solchen Kriege möglich, so würde das zu einer ungeheuren Verstärkung der Reaktion, der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen in allen Ländern führen und auf Jahre hinaus jede revolutionäre Bewegung am Boden halten. Die Interessen der Sowjetunion sind auf das engste verbunden, ja sogar gleichbedeutend mit den Interessen der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern. Indem sie die Sowjetunion verteidigen, verteidigen sie ihre eigenen Lebensinteressen. Der Sieg der Roten Armee bedeutet die Befreiung des werktätigen Volkes aus den Sklavenketten des Faschismus, aus der Ausbeutung durch die Kapitalisten, aus der Kriegsfront der imperialistischen Eroberer. Die werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern müssen deshalb für den Sieg der Roten Armee kämpfen, für die Niederlage der eigenen Regierung, für die Umbildung der Klassenarmeen der Bourgeoisie in Klassenarmeen des Proletariats.

Dem Chauvinismus, der chauvinistischen Verhetzung der Volksmassen, muß durch den revolutionären Kampf des Proletariats ein Ende gemacht werden, wenn der Friede erhalten werden soll. Schon Friedrich Engels schrieb, daß bei einer chauvinistischen Massenstimmung der Friede unhaltbar ist. In einem Brief an Marx über den Chauvinismus der Masse der französischen Bevölkerung, den Louis Bonaparte großgezüchtet hatte, bemerkte Engels:

„Solange dieser Chauvinismus nicht auf den Kopf gehauen, und das gehörig, ist Friede zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich.“

Diesen Satz kann man auch auf die Politik der Hitlerregierung anwenden. Solange der faschistische Chauvinismus nicht gehörig auf den Kopf gehauen, ist Friede in Europa unmöglich. Das wird aber nur durch den Sturz der Hitlerdiktatur und die Überwindung des deutschen Imperialismus durch die proletarische Revolution geschehen.

In seinen Thesen für die sowjetrussische Delegation zur Haager Friedenskonferenz im Jahre 1922 hat Lenin den kommunistischen Parteien folgende Aufgabe gestellt:

„Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.

Man muß den Leuten immer und immer wieder mit aller Konkretheit erläutern, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten.

Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstandes klarlegen, daß die ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.“

Der deutsche Hitlerfaschismus hat die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ in chauvinistischer Weise bereits heute gestellt. Um so größer ist unsere Pflicht, den Kampf gegen den Chauvinismus mit aller Kraft zu entfalten und dabei zu berücksichtigen, welche Losungen Genosse Thälmann diesem Kampf gab:

„Wir müssen klar das Banner des Internationalismus unserer Partei entrollen . . . Gegen die chauvinistische Hetze der Faschisten stellen wir unsere Losungen des Kampfes gegen den Weltimperialismus, unsere Forderungen, daß *keine Nation* unterdrückt werden soll. Wir sind die einzige Friedenspartei, die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und der internationalen Politik *ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen kann.*“

„Die Kommunistische Internationale“,  
Heft 12, Juni 1935.

## Zwei Internationalen – zwei Perspektiven – zwei Wege

In den Sommermonaten 1928 tagten zu gleicher Zeit zwei Kongresse, einer in Moskau und einer in Brüssel. Diese beiden Kongresse haben zwei sehr verschiedene Perspektiven der Weltentwicklung aufgestellt und der Arbeiterklasse der ganzen Welt zwei grundverschiedene Wege gezeigt. Sieben Jahre sind seitdem verflossen. Wir sind nunmehr imstande, sowohl die eine wie die andere Prognose der Weltentwicklung an Hand der historischen Wirklichkeit zu überprüfen. Was ist eingetreten, wer hat recht behalten, die Kommunistische Internationale oder die II. Internationale, Moskau oder Brüssel?

Der Brüsseler Kongreß der II. Internationale erklärte, die Perspektive der proletarischen Revolution sei ein für allemal von der Tagesordnung der Geschichte abgesetzt, der Weg zum Sozialismus führe einzig und allein über die bürgerliche Demokratie. Der Kongreß rief die Arbeitermassen auf, gegen jedwede Diktatur zu kämpfen, da sie „alle die gleiche Gefahr für die Befreiung der Arbeiterschaft und für den Frieden der Welt bedeuten“.

Die Führer der Sozialdemokratie aller Länder, die Delegierten des Brüsseler Kongresses, glaubten 1928, der Kapitalismus sei endgültig geheilt von den Wunden, die ihm der Krieg zugefügt hatte. Die Theoretiker der II. Internationale, Hilferding und Otto Bauer, prophezeiten das ungestörte Aufblühen des Kapitalismus, sie träumten von einer kapitalistischen Wirtschaft, die keine Krisen und Rückschläge kennt. Der Brüsseler Kongreß schätzte die Weltlage folgendermaßen ein:

„Heute, da der Bolschewismus selbst von der Stabilisierung des Kapitalismus spricht, da er selbst weiß, daß die revolutionären Prozesse, die der Krieg hervorgerufen hat, zu Ende sind... wer kann heute, in dieser veränderten Situation, noch ernsthaft sagen, daß es für die Arbeiterklasse einen anderen Weg gäbe als den, den wir weisen?“

Ein Jahr vor dem Brüsseler Kongreß, 1927, fand in Kiel der Parteitag der SPD, der damals größten Partei der II. Internationale, statt. Der Theoretiker dieser Partei, Hilferding, sprach auf diesem Parteitag davon, daß die Kommunistische Partei zugrunde gehen müsse, weil ihr durch die Entwicklung des Kapitalismus jede Existenzberechtigung genommen werde. Diese Entwicklung habe die Richtigkeit des demokratischen Weges zum Sozialismus erwiesen. Hilferding bestand auf seiner Theorie des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Rahmen des „organisierten Kapitalismus“, einer zwar antagonistischen, aber planmäßig „organisierten“ kapitalistischen Wirtschaft. Er behauptete, daß die bewußte Ordnung und Lenkung der Wirtschaft wachse, daß die Anarchie des Kapitalismus überwunden werde, die Unstetigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse sich vermindere, „die Krisen oder wenigstens deren Rückwirkungen auf die Arbeiter gemildert werden . . . , die Arbeitslosigkeit weniger drohend wird“. Das waren die Gedanken der bekannten Rede Hilferdings auf dem Kieler Parteitag der SPD. Das schrieb Hilferding in seinen programmatischen Aufsätzen in der theoretischen Zeitschrift der SPD „Die Gesellschaft“.

Otto Bauer ergänzte auf dem Brüsseler Kongreß der II. Internationale die Gedankengänge Hilferdings durch die Behauptung, daß, nachdem es dem Kapitalismus gelungen sei, die Wirtschaft innerhalb einzelner Länder zu organisieren, die Bourgeoisie auch die Frage der Organisation der Wirtschaft im Weltmaßstabe lösen werde.

Diese Gedankengänge fanden Gehör bei Millionen und aber Millionen Proletariern der ganzen Welt. Die Parteien der II. Internationale waren zahlenmäßig die stärksten in der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Welt. Der Brüsseler Kongreß stellte die Aufgabe der Wiedervereinigung der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie. Otto Bauer sagte über die Ursachen der Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung, daß sich in den ersten Jahren nach dem Krieg „ein Kampf zwischen zwei großen Geschichtsperspektiven“ abspielte. Die sozialdemokratische Perspektive ging von der Auffassung aus, die Arbeiterklasse könne den Sieg nur mit den Mitteln der Demokratie erkämpfen. Die Kommunisten erklärten demgegenüber, daß nur die Diktatur des



*J. W. Stalin und Wilhelm Pieck halten Ehrenwache an der Urne des japanischen Arbeiterführers Sen Katajama (November 1933)*



Proletariats den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bringen könne. Otto Bauer rief auf dem Brüsseler Kongreß pathetisch aus:

„O ja, damals war es der Kampf zwischen zwei großen Geschichtsperspektiven, die beide möglich waren im Chaos der Welt, das der Krieg hervorgerufen hatte. Aber wer will heute noch sagen, daß diese beiden Geschichtsperspektiven möglich sind?“

Die historische Ursache für die Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung — erklärte Otto Bauer — existiere nicht mehr, da Europa auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus gehe.

In den Jahren der relativen Stabilisierung erlebte der Kapitalismus eine gewisse Sanierung, zusammen mit ihm erlebte auch der Reformismus eine bestimmte Blütezeit. Die reformistischen Ideen und Anschauungen hatten wieder eine außerordentliche Anziehungskraft innerhalb der Arbeitermassen Europas.

An der Schwelle unseres Jahrhunderts gab Eduard Bernstein die „Begründung“ des sogenannten demokratischen Sozialismus. Dieselbe Begründung, die jetzt aufgefrischt und zur offiziellen Theorie der internationalen Sozialdemokratie gemacht wurde. Worin bestand sie? Bernstein polemisierte gegen die Anschauungen von Marx und Engels, er leugnete die Marxsche Perspektive der Verschärfung der Klassengegensätze, die nur durch die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats entschieden werden können. Bernstein wollte den sozialistischen Staat mit Hilfe des bürgerlichen Parlaments, die Aufhebung der Profitwirtschaft durch die Gewerkschaften erreichen. Die Vergesellschaftung der Produktion — schrieb Bernstein — schwebte den Verfassern des „Kommunistischen Manifestes“ in Form einer diktatorischen, gewaltmäßigen Enteignung vor. Diese Vorstellung sei veraltet. Eine solche Vergesellschaftung bringe nur „maßlose Verwüstung von Produktionskräften, sinnlose Experimentiererei und zwecklose Gewalttätigkeit“:

„Es handelt sich nun unter keinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewalttätige Expropriation, sondern um die allgemeine Ablösung durch Organisation und Gesetz.“

Diese Ideen waren auch in den Stabilisierungsjahren der Inhalt der programmatischen Dokumente und der Politik der

sozialdemokratischen Parteien, der Manifeste und der Praxis der von der Sozialdemokratie beeinflussten Riesenorganisationen der Arbeiterklasse, der Freien Gewerkschaften.

In allen kapitalistischen Ländern führte in den Stabilisierungsjahren die Sozialdemokratie die Mehrheit der Arbeiterklasse. In Deutschland stand Hermann Müller an der Spitze einer Koalitionsregierung, in England kam Macdonald an das Steuer der zweiten Arbeiterregierung. In Frankreich konnte der Reformismus, der nach dem Weltkrieg die Mehrheit der Arbeiterklasse verloren hatte, auf Grund langjähriger guter ökonomischer Konjunktur und des Sieges im Weltkrieg, auf Grund der Reparationen und der Stellung Frankreichs als Kolonialmacht seinen führenden Einfluß in der Arbeiterbewegung wiederherstellen. Die Parteien der II. Internationale spannten die Millionenorganisationen des Proletariats vor den Karren des Kapitalismus. Sie benutzten ihren gewaltigen Einfluß, um in den breitesten Arbeitermassen Illusionen über den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Stabilisierung zu wecken.

Der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1928 wandte sich gegen diese Illusionen. Er sagte der Arbeiterklasse der ganzen Welt: Diese von den Lobrednern des Kapitalismus gefeierte Stabilisierung ist tatsächlich eine relative, eine morsche, eine vorübergehende. Der Kongreß sagte noch mehr: Wir treten in eine Periode ein, die unausbleiblich zur Erschütterung der Stabilisierung führt, diese Stabilisierung ist nicht und kann nicht von Dauer sein, die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zerrüttet die Stabilisierung.

In der Resolution des VI. Kongresses wird die Periode, in die der Nachkriegskapitalismus damals eintrat, mit den Worten charakterisiert:

„Diese Periode führt unvermeidlich über eine weitere Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung zur erneuten Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und zur äußersten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.“

In den von den Sozialdemokraten beeinflussten Arbeitermassen fand unsere Einschätzung der Weltlage damals kein Verständnis. Der äußere, oberflächliche kapitalistische Schein — die

Wiederherstellung der Goldwährung in fast allen Ländern, der große Aufschwung der Technik, der in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland, an eine technische Umwälzung grenzte, die das Vorkriegsniveau überschreitenden Produktionszahlen, die verhältnismäßige Stille in der Arbeiterbewegung — das alles täuschte verblüffend, der Schein wurde als Wirklichkeit aufgefaßt.

Um die dritte Periode — so hat der VI. Weltkongreß die Periode, in die der Nachkriegskapitalismus 1928 eingetreten war, gekennzeichnet — richtig als die Periode der Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung zu charakterisieren, mußte die Kominterndelegation der KPdSU(B) gegen Bucharin und seine Gruppe kämpfen. In allen Parteien der Kommunistischen Internationale wurde diese Charakterisierung von den Rechten und Versohnlern angegriffen.

Das war im September 1928. Aber schon im Dezember 1927, auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B), hatte Genosse Stalin in seinem Bericht gesagt:

„Aus der teilweisen Stabilisierung erwacht eine Verschärfung der Krise des Kapitalismus, die anwachsende Krise legt die Stabilisierung in Trümmer — das ist die Dialektik der Entwicklung des Kapitalismus im gegebenen historischen Moment.“

Die Kommunisten erheben nicht den Anspruch, Propheten zu sein, sie lassen sich nur nicht von den äußeren Erscheinungen des Kapitalismus blenden und decken mit der marxistisch-leninistischen Methode der Analyse die Grundprobleme seiner Entwicklung auf. In der Tat, worauf basierte die kapitalistische Stabilisierung?

Sie war von drei Hauptfaktoren bestimmt: dem ökonomischen — Wiederherstellung der Weltwirtschaft und Hebung auf das Vorkriegsniveau, Stabilisierung der Währung, Aufschwung der Technik; dem politischen — Niederschlagung der ersten Welle der Nachkriegsoffensive des Weltproletariats und vorübergehende Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Mitteleuropa; dem internationalen — eine gewisse Stabilisierung der Beziehungen der kapitalistischen Welt zur Sowjetunion und Verständigung der Imperialisten über die Ausbeutung Deutschlands,

Chinas und der Kolonien. Aber der auf diesen drei Gebieten geschaffene Zustand war labil und unsicher und mußte unter den gegebenen Verhältnissen früher oder später fallen.

Die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte mußte bei nicht entsprechender Erweiterung und sogar Verengung der Absatzmärkte zur Verschärfung der Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Länder und zur Erschütterung des „Gleichgewichts“ zwischen den kapitalistischen Staaten führen. Aus der Tatsache, daß die Produktion wächst, der technische Fortschritt und die Produktionsmöglichkeiten zunehmen, während der Weltmarkt, die Grenzen dieses Marktes und die Einflußsphären der einzelnen imperialistischen Gruppen mehr oder weniger unverändert bleiben, muß die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus erwachsen. Die Wirtschaft der Sowjetunion hatte zu dieser Zeit das Vorkriegsniveau überschritten und trat in die Rekonstruktionsperiode ein.

Der englische Generalstreik, die große chinesische Revolution, die Juli-Ereignisse 1927 in Wien waren die ersten Donner, die zeigten, daß die verhältnismäßige Ruhe nicht von langer Dauer sein konnte. Die europäische Arbeiterbewegung erholte sich nach den Niederlagen und nach dem Rückzug vor der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive. Erste Vorboten waren die wachsenden Streikzahlen in fast allen europäischen Ländern. In China ging nach der Niederlage von 1927 die Entwicklung der Bauernbewegung in einer Reihe von Gebieten weiter, die Kommunistische Partei konsolidierte sich, das chinesische Riesenreich machte die Periode der Vorbereitung der Massen zu einem neuen Aufschwung der Revolution durch. In Indien begann eine neue Welle der nationalrevolutionären Bewegung, die durch das selbständige Auftreten des Proletariats charakterisiert wurde. Der VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte richtig den heranreifenden neuen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung fest.

Wie sich 1928 auf dem Brüsseler Kongreß der II. Internationale und auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale zwei Einschätzungen der Lage und der Voraussetzungen der Weltentwicklung einander diametral gegenüberstanden, so auch zwei Voraussagen der beiden Kongresse über die Entwicklung

in der Sowjetunion. In dieser Zeit wurde in der Sowjetunion der erste Fünfjahrplan in Angriff genommen. Die Kapitalisten und die Wortführer der Sozialdemokratie höhnten über den Fünfjahrplan, sie erklärten ihn für undurchführbar, für ein Abenteuer, das das Sowjetland in die Katastrophe stürzt. Es genügt, hier eine Stelle aus einer führenden Zeitung der II. Internationale, dem Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei, zu zitieren. Am 23. September 1929, als das erste Jahr des Fünfjahrplans zu Ende war, schrieb die Zeitung „Populaire“:

„Ein Fünfjahrplan der ökonomischen Entwicklung ist eine derart plumpe Utopie, daß man wahrhaft die schlimmsten Befürchtungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Ausmaße der Katastrophe hegen kann, die der verzweifelte, allen wirtschaftlichen Möglichkeiten widersprechende Industrialisierungskurs Rußlands in sich birgt.“

Die sozialdemokratischen Prophezeiungen gingen in bezug auf die Entwicklung der Sowjetunion genauso daneben, wie auf die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern. Wir vergleichen heute den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse mit den aufgestellten Perspektiven. Was ist eingetreten?

Zwei große geschichtliche Ereignisse waren es, die das Weltbild in den verfloßenen sieben Jahren grundlegend geändert haben. In den kapitalistischen Ländern setzte eine Wirtschaftskrise ein, wie sie die Geschichte des Kapitalismus an Tiefe und Ausmaß nicht kannte; in der Sowjetunion wurde der sozialistische Aufbau erfolgreich durchgeführt. Die Wirtschaftskrise hat das Antlitz des Kapitalismus, der sozialistische Aufbau das Antlitz der Sowjetunion verändert.

Im Oktober 1928, einen Monat nach dem VI. Kongreß der Komintern, stellte Genosse Stalin in einer Rede auf dem Plenum des Moskauer Parteikomitees die Frage, ob es in der Sowjetunion Bedingungen gibt, die die Restauration, die Wiederherstellung des Kapitalismus ermöglichen. Er antwortete darauf mit einem glatten „Ja!“ Trotz Diktatur des Proletariats, trotz rascher Entwicklung der sozialistischen Industrie waren die Wurzeln des Kapitalismus nicht beseitigt. Sie lagen in der Warenproduktion, hauptsächlich in der Kleinproduktion des Dorfes. In

der Stadt wurden die kapitalistischen Elemente vernichtet, im Dorf aber wurden diese Elemente erzeugt, denn „der Kleinbetrieb erzeugt Kapitalismus und Bourgeoisie unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar im Massenumfange“ (Lenin). Die Kulakenschicht — es gab damals auf dem Dorf noch eine Million Kulaken — hatte ökonomischen und politischen Einfluß auf die bäuerlichen Massen. Der Widerspruch zwischen der sozialistischen Stadt und dem „Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugenden“ Dorf mußte gelöst werden.

Das war nicht der einzige Widerspruch, den es zu lösen gab. Es gab einen Widerspruch zwischen der „fortgeschrittensten Staatsmacht der Welt“ und einer „übermäßig rückständigen Technik der Industrie“. Lenin und Stalin hämmerten den Gedanken ein: entweder die fortschrittlichsten kapitalistischen Länder einholen und überholen oder zugrunde gehen. Die Sowjetunion hatte nur eine schwach entwickelte Produktion von Produktionsmitteln: 1928 entfielen vom Bruttowert der industriellen Produktion nur 27,2 Prozent auf Produktionsmittel, dagegen 72,8 Prozent auf Konsumtionsmittel. Ohne eine eigene breit entwickelte Produktion von Produktionsmitteln gibt es keine ökonomische Unabhängigkeit, keine ökonomische Grundlage für die Verteilung eines Landes. Außerdem hatte die sozialistische Industrie darunter zu leiden, daß das Proletariat keine eigene technische Intelligenz besaß — die alte Intelligenz war für das Proletariat noch nicht gewonnen, wie das der Schachty-Prozeß und der Prozeß gegen die „Industriepartei“ sehr klar gezeigt haben. Die Frage „Wer-Wen?“ war noch keineswegs entschieden.

So war es zur Zeit des VI. Kongresses. In den wenigen seither vergangenen Jahren hat sich die Sowjetunion von Grund auf umgestaltet. Aus einem Agrarland ist sie zu einem Industrieland geworden, aus einem Land der kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften zu einem Land der maschinellen landwirtschaftlichen Großbetriebe. Im Laufe von sieben Jahren ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten mehr als verdoppelt worden, an die Stelle von 16 Millionen Bauernwirtschaften sind 230 000 kollektivierte Großbetriebe getreten, eine neue Kohlen- und Eisenbasis ist in Sibirien geschaffen worden, Hunderte Betriebsgiganten, Tausende Mittelbetriebe, neue Städte, neue Eisenbahnlinien,

neue Industriezweige sind entstanden. 1928 wurden 3,3 Millionen Tonnen Eisen gegossen, 1934: 10,4 Millionen Tonnen; 1928 wurden 700 Autos in Sowjetbetrieben hergestellt, 1934: 72 000; 1928: 1300 Traktoren, 1934: 92 000 Traktoren. Eine solche Entwicklung im Laufe von wenigen Jahren kennt kein Land der Welt, eine solche Entwicklung ist nur möglich unter der Diktatur des Proletariats. Nur in einem Lande, wo die parasitären Klassen vernichtet sind, wo es keine Arbeitslosen gibt, wo die Wirtschaft planmäßig geführt wird, konnten solche Ergebnisse erreicht werden.

Es gibt keinen Zweig der Wirtschaft in der Sowjetunion, der nicht ein Bild des stürmischen Aufstiegs zeigt. Es gibt kein Gebiet des Lebens der Werktätigen, wo nicht grundlegende Verbesserungen eingetreten sind. Ab 1. Januar 1935 konnten die Brotkarten abgeschafft werden — das ist das erste Ergebnis der großen Erfolge der Kollektivierung auf dem Dorf.

Es ist nicht ohne Interesse, aus einem Aufsatz eines unserer hervorragendsten Gegner in der II. Internationale, Otto Bauer, über die Entwicklung in der Sowjetunion etwas ausführlicher zu zitieren. Er schrieb im „Kampf“:

„Mitten in der kapitalistischen Welt entwickelt sich auf einem Sechstel der Erdoberfläche die Sowjetunion. Nach Jahren des Bürgerkrieges, der Hungersnot, der furchtbarsten Wirtschaftszerrüttung ist sie jetzt in schnellem Aufstieg. Sie hat im letzten Jahrfünft mehr als 20 Millionen Bauernwirtschaften kollektiviert... Getreideernten und Getreidevorräte sind nun so groß, daß die Sowjetunion die Brot- und Mehlkarten abschaffen, die Rationierung der Lebensmittel aufheben kann... Zugleich hat die Sowjetunion mit unerhörter Schnelligkeit eine neue, riesenhafte Industrie aufgebaut. Auf der Basis der neuen Schwerindustrie haben nun auch die Konsumgüterindustrien schnell zu wachsen begonnen. Und mit der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion steigt die Güterversorgung, die Lebenshaltung, das Kulturniveau der Volksmassen... Die Produktion wächst jetzt so schnell, daß die Sowjetunion in der Lage sein wird, die Lebenshaltung der Volksmassen stetig und schnell zu verbessern.“

Zur gleichen Zeit, als die Sowjetunion den Fünfjahrplan erfolgreich durchführte, wütete in der kapitalistischen Welt eine verheerende Wirtschaftskrise. Die Krise hat die industrielle Pro-

duktion um Jahrzehnte zurückgeworfen. Es gab Zeiten, wo die industrielle Produktion der gesamten kapitalistischen Welt um 10 Prozent niedriger stand als im Jahre 1913. Es gab Zeiten, wo die industrielle Produktion in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und anderen führenden Industrieländern auf das Niveau vom Ende des 19. Jahrhunderts hinabgesunken war. Ungeheure Produktivkräfte wurden vernichtet, die Entwicklung der Technik, die Anwendung der Wissenschaft zurückgehalten. Die Agrarkrise, die schon 1928 eine ungeheure Verschärfung erfahren hatte, beschleunigte den Ruin der Bauernwirtschaften.

Die Weltwirtschaftskrise erfaßte alle Länder der kapitalistischen Welt, alle Industriezweige mit Ausnahme der Kriegsproduktion, zerstörte das Kreditsystem in einer Reihe von Ländern, ungeheure Bankrotte erschütterten die Wirtschaft, ganze Staaten wurden zahlungsunfähig. Der Welthandel schrumpfte bis auf ein Drittel des Vorkrisenstandes zusammen, die Kapitalausfuhr wurde fast vollständig eingestellt, das Geldsystem des Kapitalismus unterminiert, Pfund Sterling, Dollar, Yen entwertet, die Hälfte des industriellen Proletariats erwerbslos gemacht oder zu Kurzarbeit gezwungen, Ruin und Verelendung der werktätigen Massen, Vernichtung von Nahrungsmitteln vollzogen sich in gigantischem Umfange.

Vielleicht noch nie ist so augenscheinlich demonstriert worden, in welchem unversöhnlichen Widerspruch der Kapitalismus mit den Interessen der Menschheit, mit den Produktivkräften, mit der Technik und mit der Wissenschaft geraten ist. Die Weltwirtschaftskrise hat vor Millionen und aber Millionen Menschen demonstriert, daß der Kapitalismus wirklich ein parasitärer, ein verfaulender, ein sterbender Kapitalismus ist.

Mitte 1932 erreichte die Krise ihren Tiefpunkt, seitdem vollzieht sich der Übergang zur Depression. Genosse Stalin nannte in seinem Referat auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B) im Januar 1934 diese Depression eine Depression besonderer Art, die nicht zur Prosperität führt.

Die Zeit seit Januar 1934 hat diese Charakteristik der gegenwärtigen Depression durch Genossen Stalin voll und ganz bestätigt. Seit dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise sind bereits über drei Jahre vergangen, dennoch kann von einem Übergang zur

Belebung nicht die Rede sein, und es bestehen keine Aussichten für eine künftige Prosperität.

Die industrielle Produktion der kapitalistischen Länder ist noch immer viel kleiner als 1929. Der Welthandel hat sich um mehr als die Hälfte vermindert. Die Zahl der Arbeitslosen in den 1934 von der Statistik des Völkerbundes erfaßten 34 kapitalistischen Ländern beträgt etwa 23 bis 24 Millionen. In dem reichsten kapitalistischen Land, in den Vereinigten Staaten Amerikas, wird die Erwerbslosigkeit nach den Angaben der American Federation of Labor mit 11,5 Millionen beziffert. In der Vorkriegszeit betrug die Zahl der Erwerbslosen in Europa und Amerika vier bis sechs Millionen, in den Jahren 1928/1929 etwa zehn Millionen, jetzt sind es 24 Millionen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg minimal, die Produktion aber viel mehr, was zu erklären ist mit der sogenannten Krisenrationalisierung, mit der weiteren Steigerung der Arbeitsintensität, mit der verstärkten Ausbeutung. In England zum Beispiel hat die Produktion 1934 fast den Stand von 1928 erreicht. Die Zahl der Erwerbslosen aber, die sich 1928 nur auf einige Hunderttausend belief, ist 1934 auf über zwei Millionen gestiegen. So sieht es in allen kapitalistischen Ländern aus. Das bedeutet, daß es der Bourgeoisie zwar gelungen ist, ihre Lage etwas zu verbessern, aber nur auf Kosten der Arbeiterklasse, auf Kosten der weiteren Ausplünderung aller Werktätigen in den Mutterländern und in der Kolonialwelt. Die Depressionsjahre brachten keine Linderung für die Arbeiter- und Bauernmassen in der kapitalistischen Welt.

Der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie dreht sich in diesen sieben Jahren um den Weg aus der Krise. Die Bourgeoisie versuchte den kapitalistischen Weg aus der Krise zu erzwingen. Das ist in der Außenpolitik der Weg des Krieges, um neue Absatzgebiete, Rohstoffquellen, Anlagemöglichkeiten für das heimische Kapital zu erobern. In der Innenpolitik ist das der Weg des Faschismus, der Errichtung einer offenen Gewaltherrschaft zur Niederhaltung, Rechtlosmachung und verstärkten Ausplünderung der Arbeiterklasse. Krieg und Faschismus — das sind die Krisenrezepte der Bourgeoisie, die für sich einen Weg aus der Krise zur Erhaltung ihrer Herrschaft, zur Erhöhung ihrer Profite sucht.

Die Regierungen der kapitalistischen Länder versuchten — die einen mehr, die anderen weniger — der Krise mit künstlichen Mitteln Herr zu werden. Sie versuchten durch staatskapitalistische Eingriffe die kapitalistische Wirtschaft zu „planieren“. Der Erfolg blieb aus. Der englische Ökonomist Elsworth schreibt offenherzig:

„Alle unsere Versuche, irgendeine Ordnung, irgendeine Planmäßigkeit in die Industrie zu bringen, haben bisher nur die Unordnung, die Anarchie, die Konfusion, die Unsicherheit sogar für die allernächste Zeit vermehrt.“

Das größte Experiment auf diesem Gebiet war zweifellos der sogenannte New Deal (Neue Politik) von Roosevelt. Entwertung des Dollars, Subventionen an die Industriellen, große öffentliche Arbeiten, Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, staatliche Garantie der Bankeinlagen, Lohnregulierung — das waren die wichtigsten Maßnahmen Roosevelts zur Überwindung der Krise. Und trotz dieser gewaltigen Anstrengungen des reichsten kapitalistischen Landes der Welt gelang es nicht, die Zahl der Erwerbslosen unter zehn Millionen herabzudrücken. Noch mehr: der Verlauf der Konjunktur in Amerika zeigt dauernde Rückschläge. Die Erneuerung und Ausdehnung des fixen Kapitals stößt auf das Hindernis des vorhandenen Überflusses an Produktionsmitteln, die Produktion der Konsumtionsmittel auf die eingeschränkte Kaufkraft der Arbeiter und Bauern.

Jede künstlich herbeigeführte Steigerung der Produktion stößt nach kurzer Belebung an die Schranken des Marktes und bricht zusammen. Der Überfluß an Produktionsmitteln und die Tatsache, daß auch in der Zeit guter Konjunktur 25 bis 30 Prozent der Produktionsmittel nicht ausgenutzt wurden, stellten den Produktionsmittelindustrien enge Schranken für ihre Entwicklung. Die beschränkte Kaufkraft der werktätigen Massen bildet die unüberwindliche Grenze für die Konsumtionsmittelindustrie. Staatskapitalistische Maßnahmen zur Überwindung der Krise müßten, wenn sie irgendwelche Wirkung haben sollten, das Nationaleinkommen zugunsten der werktätigen Massen neu verteilen. Das kann eine bürgerliche Regierung, die doch die Interessen der Bourgeoisie vertritt, nicht durchführen. Die Überwindung der Krise gelingt der Bourgeoisie nicht. Der Übergang vom

Tiefpunkt der Krise zur Depression besonderer Art vollzog sich in der Hauptsache infolge äußerlicher Maßnahmen der Bourgeoisie und nicht sosehr auf Grund der inneren Kräfte des Kapitalismus.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus aber — der klarste Ausdruck der Tatsache, daß das kapitalistische System zur Ersetzung durch das sozialistische reif ist — beherrscht den Verlauf der Wirtschaftskrise und ist im Rahmen des Kapitalismus überhaupt nicht zu beseitigen. Die Bourgeoisie sucht den Ausweg im Krieg, wobei die Sowjetunion das Hauptangriffsziel ist. Die staatskapitalistischen Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft selbst sind von der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges beeinflusst.

Die Weltwirtschaftskrise hat die Kriegsgefahr ungemein verschärft, den Ausbruch eines neuen Weltkrieges in die nächste Nähe gerückt. Die Grundlagen der Stabilisierung der internationalen Beziehungen sind genauso liquidiert wie die gesamte relative Stabilisierung des Kapitalismus. Das zeitweilige „Gleichgewicht“ zwischen den zwei Systemen, zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt, das schon zur Zeit des VI. Weltkongresses gestört wurde, tritt immer mehr in ein kritisches Stadium ein. Aber nicht nur das. Auf dem VI. Kongreß sprachen wir davon, daß im Lager der Imperialisten zwei große wichtige Veränderungen eingetreten sind. Erstens: die Vereinigten Staaten wurden zur stärksten kapitalistischen Macht, und der Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten wurde zum führenden Gegensatz im Lager der Imperialisten. Zweitens: Deutschland erhob sich aus dem Abgrund der Niederlage, entwickelte seine Produktivkräfte, und der wiedererstarkte deutsche Imperialismus trat als wichtiger Faktor der Weltpolitik auf. Diese Feststellungen haben sich als richtig erwiesen. Heute müssen wir noch feststellen, daß in der Struktur und im spezifischen Gewicht einzelner imperialistischer Staaten tiefgehende Veränderungen vor sich gegangen sind, die für die Beschleunigung des Ausbruchs des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion ausschlaggebende Bedeutung haben. Wir deuten diese Veränderungen kurz an:

Das britische Kolonialreich, das sein Industriemonopol längst

verloren, sich aber als kolonialer imperialistischer Staat entscheidende Positionen gesichert hat, machte in den verflissenen sieben Jahren die größten Anstrengungen, um seine Kolonialmacht zu erhalten. In diesen Jahren verzichtete England auf den Freihandel, um das riesige Kolonialreich, das 500 Millionen Menschen umfaßt, zusammenzuhalten. Trotzdem zeigten die vergangenen sieben Jahre, daß das britische Kolonialreich sich immer mehr auf einer abschüssigen Bahn bewegt. Die Lenker der britischen Politik sind sich im klaren darüber, welche Gefahren ein neuer Weltkrieg für den Bestand des Britischen Reiches heraufbeschwören wird. Da aber die kapitalistische Welt zum Kriege rüstet, die Imperialisten jedes Landes den Ausweg auf Kosten eines anderen zu besiegenden Landes suchen, versuchen die einflußreichsten englischen Politiker die Austragung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern möglichst hinauszuschieben und deren Stoßkraft gegen die Sowjetunion zu richten.

In Deutschland hat der Faschismus gesiegt. Die wirtschaftlichen Positionen Deutschlands auf dem Weltmarkt sind durch die Hitler-Schacht-Politik noch weiter ungemein geschwächt. Der in den Jahren der Krise verschärfte Wirtschaftskrieg zwischen den kapitalistischen Staaten trifft mit besonderer Wucht Deutschland, das keine Kolonien und imperialistischen Einflußgebiete besitzt. Der deutsche Imperialismus betreibt deshalb mit besonderem Eifer die Vorbereitungen zu einem Krieg um die Neuaufteilung der Welt. Das faschistische Deutschland betreibt am eifrigsten die Vorbereitungen zum Kriege gegen die Sowjetunion.

Japan zeigte in diesen Jahren eine große Aggressivität. Die halbfeudale Agrarverfassung und das Elend der Bauern, das halbkoloniale Lebensniveau der Arbeiterklasse bedingen einen äußerst engen Innenmarkt. Die japanische Industrie verfügt im Lande selbst über wenig Rohstoffe. Das sind die Ursachen der äußersten Aggressivität des japanischen Imperialismus.

Wenn bisher der konterrevolutionäre Krieg gegen die Sowjetunion noch nicht begonnen wurde, so findet das seine Erklärung in der sprunghaften Erhöhung der Abwehrkraft der Sowjetunion, der äußersten Zuspitzung des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern und der Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten, die die Sowjetunion ge-

schickt im Interesse der werktätigen Massen der Welt zur Erhaltung des Weltfriedens auszunutzen versteht. Das wird der Sowjetunion dadurch erleichtert, daß durch den Sieg des Faschismus in Deutschland, durch die Errichtung der faschistischen Diktatur des am meisten imperialistischen Teiles des deutschen Finanzkapitals Frankreich veranlaßt wurde, seine Bemühungen zur Erhaltung des Status quo in Europa zu steigern.

Die äußersten Ansträngungen der Sowjetunion, den Weltfrieden zu erhalten, können zwar den Weltkrieg hinausschieben, nicht aber eine Sicherheit gegen einen Überfall der Imperialisten auf die Sowjetunion geben. Die ökonomische, technische und ideologische Kriegsvorbereitung wird in allen imperialistischen Ländern in beschleunigtem Tempo weiterbetrieben.

Was für eine Rolle spielte die Sozialdemokratie in dem großen Ringen der Klassen um den Weg aus der Krise? Sie unterstützte in den Krisen Jahren genauso wie in den Jahren der guten Konjunktur die Politik der Bourgeoisie. Der Sieg des Faschismus in Deutschland war die Krönung der sozialdemokratischen Politik, die zu ihrem Bankrott führte. Das Ergebnis war die ideologische und politische Krise der Sozialdemokratie. In einer Reihe von Ländern setzte auch die organisatorische Krise ein: Abspaltungen nach rechts und nach links. Im August 1933 fand in Paris eine Konferenz der II. Internationale statt, die das erschütterte Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zu den sozialdemokratischen Losungen und Theorien wieder befestigen sollte. Sie sollte den Zusammenbruch des „demokratischen Sozialismus“ auf Deutschland lokalisieren. Auf der Pariser Konferenz wurde die kapitalistische Welt im Hinblick auf die Taktik der Sozialdemokratie in zwei Teile geteilt: Länder der faschistischen Diktatur und Länder der Demokratie. In den faschistischen Ländern sei die Volksrevolution am Platz, in den Ländern der Demokratie müsse der alte Weg, der „demokratische Weg zum Sozialismus“, weitergegangen werden.

Wie soll die faschistische Gefahr in den Ländern der bürgerlichen Demokratie bekämpft werden? Die sozialdemokratischen Führer dieser Länder antworteten darauf auf der Pariser Konferenz: Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Wirtschaftskrise sei an den Erfolgen des Faschismus schuld, die Aufgabe der

Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen den Faschismus reduziere sich hauptsächlich auf die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Die führenden Parteien der II. Internationale begannen nunmehr mit Plänen für die Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft in die Öffentlichkeit zu treten. Der bekannteste von diesen Plänen ist der „Plan der Arbeit“ von Henrik de Man, der von der belgischen Arbeiterpartei angenommen und von einer Reihe anderer sozialdemokratischer Parteien nachgeahmt wurde. Wie sieht der Plan Henrik de Mans aus?

1. Der Charakter des Staates bleibt unverändert. Er bleibt der Staat der herrschenden Bourgeoisie. Der König von Belgien bleibt an seinem Platz. Die Armee, die Polizei, die Gendarmerie stehen unverändert weiter unter dem Befehl ihrer alten Offiziere. Arbeiter und Bauern bleiben unbewaffnet.

2. Die Produktionsmittel bleiben weiter im Besitz der Kapitalisten. Neun Zehntel der Wirtschaft bleiben überhaupt unberührt in den Händen der Kapitalisten. Nur Banken und Unternehmungen der Rohstoffgewinnung werden „nationalisiert“. Diese Nationalisierung sieht folgendermaßen aus: Es wird eine staatliche Stelle geschaffen, die die Aktienmehrheit dieser Unternehmungen aufkauft — also keine entschädigungslose Enteignung. Die unmittelbare Leitung der Betriebe bleibt weiter in den Händen ihrer Besitzer, der Staat hat nur die oberste Kontrolle auszuüben.

3. Das Vermögen der herrschenden Klasse bleibt unangetastet, die Verteilung des Einkommens unverändert.

4. Wie man sieht, bleibt die Produktionsweise weiter eine kapitalistische, mit periodischen Krisen und Überproduktion, mit allem der kapitalistischen Produktionsweise eigenem Elend für das Proletariat.

Die sozialdemokratischen „Nationalisierungs“projekte, nach denen der Staat die Betriebe ihren Besitzern abkauft (Plan de Mans, Programm der Labour Party) müssen von den Kommunisten als größter Betrug entlarvt werden, der mit Sozialismus nicht das geringste gemein hat, weil eine „Nationalisierung“ dieser Art, bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der gesamten zur Rettung des Kapitalismus vor der Revolution bestimmten politischen und wirtschaftlichen Machtfülle der Bour-

geoisie, deren Lage durch Abwälzung der Schäden der infolge der Krise bankrotten Betriebe auf die Schultern der werktätigen Massen erleichtert und diese vom Kampf um ihre unmittelbaren Forderungen abhält.

Inzwischen ist de Man belgischer Minister geworden, zusammen mit einer Gruppe anderer Führer der belgischen sozialistischen Partei. Er und seine Kollegen denken nicht daran, die von ihnen aufgestellten Programmpunkte zu verwirklichen, genauso wie die Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht daran denken, die auf der Pariser Konferenz 1933 empfohlene Volksrevolution zu organisieren. Die Wels und Stampfer betreiben nach wie vor eine Politik der Orientierung auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie.

Die führenden Parteien der II. Internationale setzen ihren Kurs der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie fort und vertiefen damit ihre eigene Krise.

Was bringt die Zukunft, welches ist unsere Perspektive? Vor kurzem tagte in Genf das Arbeitsamt des Völkerbundes. Der Direktor dieses Arbeitsamtes sprach über die Wirtschaftslage der Welt und die nächsten Perspektiven in sehr pessimistischen Tönen. Er prophezeite, daß ein tiefer Rückschlag in der nächsten Zukunft unvermeidlich sei, da die eingetretene Besserung der Weltwirtschaftslage nicht auf einer organischen, sondern auf einer künstlichen Grundlage basiere. Wie sich auch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft noch gestalten wird, fest steht, daß alle Träume über eine eintretende Prosperität von ihrer Verwirklichung sehr weit entfernt sind. Es besteht kaum eine Aussicht, daß das fixe Kapital in der nächsten Zeit eine Erneuerung und Ausdehnung in großem Ausmaß auf dem „natürlichen“ kapitalistischen Weg erfahren wird. Die engen Schranken der begrenzten Kaufkraft der Arbeiter und Bauern sind eine unüberwindliche Schranke für einen dauerhaften Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Prognose des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale war richtig. Die Prognose des Brüsseler Kongresses der II. Internationale war falsch. Gegenwärtig tritt die allgemeine Krise des Kapitalismus in einer ganzen Reihe von Ländern in die Periode der revolutionären Krise ein. Auch diese

Prognose ist richtig. Was gibt uns die Berechtigung zu dieser Behauptung? Es genügt, auf einige Tatsachen hinzuweisen.

Nehmen wir beispielsweise Amerika. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Amerika liefert das klassischste Beispiel dafür, wie die während der ersten Krisenjahre gesammelten Erfahrungen in den Jahren der Depression besonderer Art sich im Bewußtsein der Massen auswirken. Die Arbeiterbewegung Amerikas erzielte in diesen Jahren einen großen Aufschwung. 1933 streikten in den USA eine Million Arbeiter, damit wurde die Höchstzahl der Streikenden von 1919 erreicht. 1934 betrug die Zahl der Streikenden zwei Millionen; ein großer Teil dieser Streiks wurde für die Anerkennung der Gewerkschaften geführt. Die gegenwärtige Streikflut in Amerika geht ihrem Klasseninhalt und ihrer historischen Bedeutung nach weit über die Grenzen des wirtschaftlichen Kampfes des Proletariats hinaus. Die riesigen Streiks in den USA bedeuten einen weltgeschichtlichen Schritt auf dem Wege der Trennung der Hauptmasse des Proletariats des größten imperialistischen Landes von der Bourgeoisie.

### *Die Welt der Kolonien*

Während des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale prophezeiten Trotzki und Roy das Ende der chinesischen Revolution, sie propagierten die Konstituante für China. Der Brüsseler Kongreß der II. Internationale stellte die These der Dekolonisierung auf, die auch in den Reihen der Kommunistischen Internationale bei den Rechten Widerhall fand. Jetzt hat eine neue gewaltige Welle des revolutionären Aufschwungs in den kolonialen und halbkolonialen Ländern eingesetzt. Die Völker der kolonialen und abhängigen Länder, diese gigantische Welt, der große Verbündete des Weltproletariats, ist erneut zum Kampf erwacht. Die neue Welle des revolutionären Aufschwungs in den kolonialen und halbkolonialen Ländern ist viel breiter, tiefer und reifer als die erste Welle des revolutionären Aufschwungs in diesen Ländern nach dem Weltkriege und der Oktoberrevolution. Die gegenwärtige Welle hat nicht nur Asien und Nordafrika, sondern auch Lateinamerika erfaßt.

## *Die neue Situation in der europäischen Arbeiterbewegung*

Die Erfahrungen, die die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder in den letzten Jahren gesammelt haben, schufen allmählich, Schritt für Schritt eine neue Situation in der Arbeiterbewegung, ein neues Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. Was sind die wichtigsten historischen Tatsachen, die das Kräfteverhältnis in der europäischen Arbeiterbewegung zugunsten des Kommunismus verändern? Es genügt, nur einige anzuführen:

1. Der endgültige und nicht rückgängig zu machende Sieg des Sozialismus. Diese Tatsache ist für das Heranreifen der revolutionären Weltkrise ausschlaggebend. Die Erfolge des ersten und zweiten Fünfjahrplans in der Sowjetunion setzen die Kommunisten in der ganzen Welt instand, ihre Agitation für den bolschewistischen Weg aus der Krise wirkungsvoll zu gestalten. Der Ausweg aus der Krise, den die Kommunisten zeigen, ist auf einem Sechstel der Erdoberfläche zur befreienden, welt-historischen Tat geworden. Wenn auch von den im Massenbetrug erfahrenen Politikern und Schriftgelehrten oft mit feinen Kunstkniffen und Tricks versucht wird, die Wirkung des faszinierenden, packenden Beispiels der Sowjetunion auf die Arbeitermassen abzuschwächen und den Weg der Bauern und Arbeiter der Sowjetunion als ungangbar für die werktätigen Massen in den Ländern Europas hinzustellen, so zeigt doch die europäische Literatur über die Sowjetunion der letzten Jahre, daß sich die historische Wahrheit über das wundervolle Werk des Bolschewismus durchsetzt. Man erinnere sich nur, wie die kapitalistische Welt der Verkündigung des ersten Fünfjahrplans begegnete und welchen Eindruck die Erfüllung dieses Plans gemacht hat. Zähneknirschend mußten offene und versteckte Feinde die Tatsache zugeben: es ist den Bolschewiki gelungen, eine riesige Industrie und die Grundlagen einer modernen Landwirtschaft zu schaffen, den Wohlstand der werktätigen Massen in Stadt und Dorf stetig zu heben.

2. Die zweite wichtige Tatsache, die das Kräfteverhältnis in der Arbeiterklasse verändert, ist der Sieg des Faschismus in Deutschland. Deutschland war das Land mit den größten Arbei-

terorganisationen, mit der größten und einflußreichsten Partei der II. Internationale. Worüber ging der Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten? Es ging um die verschiedensten, konkreten Kampffragen des Arbeiterlebens, aber im Grunde ging es darum, welcher Weg die Arbeiterklasse in Deutschland zum Sozialismus führt. Der revolutionäre Weg der russischen Bolschewiki, der Weg Lenins und Stalins, oder der Weg über die bürgerliche Demokratie, der von der deutschen Sozialdemokratie empfohlen wurde?

Man kann nicht sagen, daß die Illusionen des „demokratischen Weges zum Sozialismus“ in Deutschland schon völlig und endgültig erledigt sind. Zu tief war die Sozialdemokratische Partei und ihre Ideologie in den deutschen Arbeitermassen verankert, der Reformismus hatte in Deutschland im Laufe von Jahrzehnten zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß die völlige Loslösung der Massen in kurz bemessener Frist eintreten kann.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland ist aber nicht nur eine Angelegenheit der deutschen Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ganz Europas empfand diesen Sieg als einen Schlag gegen sich, als eine Bedrohung, als eine Gefahr, die gebieterisch zum Widerstand und zur Sammlung der proletarischen Kräfte drängt. Der Sieg des Faschismus in Deutschland löste in der europäischen Arbeiterbewegung einen Drang zur Einheitsfront aus, dem sich auch die Parteien der II. Internationale nicht entziehen konnten. In Frankreich, Österreich und Spanien wurde die Einheitsfront zur Tatsache.

3. Die tiefe Radikalisierung der breiten Arbeitermassen, hervorgerufen durch das Elend der Krisenjahre, treibt zur Trennung der werktätigen Massen von der Sozialdemokratie, deren Politik im schärfsten Gegensatz zu den Interessen dieser Massen steht. Bürgerliche Demokratie als Weg zum sozialistischen Staat, Sozialreform und Gewerkschaftsreformismus als der Weg zur Hebung des Lebensniveaus der Arbeitermassen und zur endgültigen Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums, bürgerlicher Pazifismus als der Weg des Kampfes gegen den Krieg — das waren die Grundsätze der sozialdemokratischen Politik im Zeitabschnitt der relativen Stabilisierung. Der Bankrott dieser Grundsätze ist erwiesen. Die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder ändert ihren Kurs immer mehr zum Kommunismus hin.

Die Sozialdemokratie erlebt eine tiefe Krise. Während des ersten Turnus von Kriegen und Revolutionen war es die Sozialdemokratie, die das krachende kapitalistische System vor dem Ansturm der Arbeiterbataillone rettete. In der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus vermochte die Sozialdemokratie die Mehrheit der Arbeiterklasse in den wichtigsten kapitalistischen Ländern vor den Karren des Kapitalismus zu spannen, um ihn zu retten. Jetzt ist die Krise der Sozialdemokratie so weit gediehen, daß sie nicht mehr imstande ist, diese Rolle in dem gleichen Ausmaß und mit demselben Erfolg zu spielen.

Die Situation in der Arbeiterbewegung ändert sich. Die Kommunisten finden immer mehr das Ohr der Massen. Und deshalb war noch niemals in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Verantwortung der kommunistischen Parteien so groß, so überwältigend, wie in der gegebenen Situation. Wir müssen es verstehen, unsere Losungen zu Losungen von Millionen und aber Millionen zu machen. Wir müssen den von den Bolschewiki gegangenen revolutionären Weg zum Gemeingut von Millionen Werktätigen machen, als den einzig richtigen Ausweg aus der Krise.

Die kommunistischen Parteien sind jetzt beim Herannahen des zweiten Turnus von Revolutionen und Kriegen eine sehr viel stärkere Kraft, als sie es während des ersten Turnus der Kriege und Revolutionen waren. Aber die kommunistischen Parteien sind noch weit davon entfernt, die objektiv günstige Situation voll und ganz für die Sache der proletarischen Revolution ausnützen zu können.

Wir haben große Erfolge auf dem Gebiete der Agitation und Propaganda des Kommunismus zu verzeichnen. Wir sind aber nicht bloß Agitatoren und Propagandisten, wir sind die Organisatoren der proletarischen Revolution. Aber auch unsere Agitation und Propaganda muß verbessert und vervielfacht werden. Unsere Aufgabe ist nicht nur, die Massen von der Richtigkeit unseres Ausweges aus der Krise zu überzeugen. Wir haben vielmehr die Aufgabe, den Weg, den wir aus der Krise zeigen, zusammen mit den Massen und an ihrer Spitze zu gehen und auf diesem Wege zu siegen.

*„Die Kommunistische Internationale“,  
Sonderheft, Juli 1935.*

## Die Brüsseler Reichskonferenz der KPD

Die im Oktober dieses Jahres (1935) in Brüssel abgehaltene 4. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands wird in der Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterklasse als die Konferenz des neuen Weges zur Sammlung und Organisierung der antifaschistischen Opposition in Deutschland, zur Schaffung der Aktionseinheit für den Sturz der faschistischen Diktatur ihren Platz einnehmen.

Die Konferenz tagte einen Monat nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der eine neue Taktik der kommunistischen Weltbewegung, entsprechend der veränderten Weltlage und der von der Arbeiterklasse in den letzten Jahren gesammelten Kampferfahrungen, beschlossen hat, die der Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront aller Werktätigen zum Kampfe gegen Kapitaloffensive, imperialistischen Krieg und Faschismus dient.

Die 4. Parteikonferenz war die erste Reichstagung der KPD nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur im Januar 1933. Sie hatte die Aufgabe, die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse zu ziehen, die Politik und die Arbeit der Partei in den letzten Jahren vor der faschistischen Diktatur kritisch zu überprüfen. Sie mußte die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands, die Lage der Klassen und die Klassenverhältnisse analysieren und die Perspektiven der weiteren Entwicklung geben. Ferner galt es die Lage der Partei eingehend zu behandeln und auf Grund der Beschlüsse des VII. Weltkongresses die Aufgaben der Partei festzulegen.

Die Partei hat seit der Aufrichtung der faschistischen Diktatur einen ununterbrochenen heroischen und opfervollen Kampf gegen das faschistische Regime geführt. Tausende der besten kommunistischen Kämpfer haben für die Sache der deutschen Arbeiterklasse ihr Leben lassen müssen. Sie wurden in den Folterhöhlen der faschistischen Henker zu Tode gequält, meuchlings ermordet

oder dem Henkerbeil überliefert. Zehntausende sitzen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und sind den grausamsten Torturen einer entmenschten Bande von Faschisten ausgesetzt. Aber dieser Terror hat nicht vermocht, die kommunistischen Kader vom Kampfe abzuschrecken. Es ist Hitler nicht gelungen, die Kommunistische Partei zu zertrümmern. Sie hat die besten und opferbereitesten Söhne und Töchter des deutschen Proletariats um sich gesammelt und in den Kampf gegen die faschistische Diktatur geführt.

Unter den Delegierten der Parteikonferenz waren alte und junge Kämpfer der Partei aus den wichtigsten Parteibezirken. Mancher von ihnen ist erst in den Kämpfen der letzten Jahre zum führenden Funktionär geworden. Im Feuer des unsagbar schweren Kampfes sind neue Kader, neue Führer der Massen entstanden, die sich ihrer großen Verantwortung bewußt sind und den vor ihnen stehenden Aufgaben gewachsen zeigen.

Einer von unseren Besten fehlt auf der Konferenz, Ernst Thälmann, der Führer der Partei. Es war die erste Reichstagung der KPD, die ohne ihn abgehalten werden mußte. Die Lücke war schmerzlich. In dem Grube, den die Reichskonferenz an Ernst Thälmann richtete, kam die ganze innere Verbundenheit mit ihm und der Dank für die von ihm im Dienste des deutschen Proletariats geleistete Arbeit zum Ausdruck. Den Kampf um seine Befreiung, die Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse für den Sturz der faschistischen Diktatur hat die Konferenz zur wichtigsten Aufgabe der Partei erhoben.

Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird gekennzeichnet:

1. Durch die Steigerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wachsende Teuerung und Lebensmittelknappheit, den neuen Angriff auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen.

2. Durch die Kriegsatmosphäre in Europa und die Kriegspläne des deutschen Imperialismus.

3. Durch die Verschärfung der sozialen Spannungen, die stark anwachsende Opposition gegen das Hitlerregime und ihre beginnende Organisierung, die ersten Konflikte in der Hitlerpartei und die zunehmenden Differenzen im Lager der Bourgeoisie.

Diese Lage bereitet der Hitlerregierung die größte Sorge. Sie

sucht durch die Verstärkung ihres bestialischen Terrors und durch die Steigerung ihrer sozialen Demagogie die Vereinigung der Aktivierung der Arbeiterklasse mit der Unzufriedenheit der kleinbäuerlichen und bäuerlichen Massen zu verhindern.

Welches waren die Probleme, mit denen sich die 4. Reichskonferenz der KPD beschäftigte? Die dringliche Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse für den Kampf zur Durchsetzung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Forderungen stellt vor die Partei die Aufgabe der Herbeiführung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratischen Partei, um mit dieser Einheitsfrontabkommen zu schließen. Die Konferenz erblickte darin mit Recht das Kernstück der Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen hat. Die Herbeiführung des neuen Verhältnisses der Kommunisten zur Sozialdemokratie wird dadurch erleichtert, daß sich deren Lage mit der Aufrichtung der faschistischen Diktatur grundlegend verändert hat, indem sie durch das Verbot ihrer Organisation und den Raub der demokratischen Freiheiten in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime gedrängt wurde.

Die Konferenz hat zur Bekräftigung ihres Willens der Herbeiführung dieses neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie ausdrücklich hervorgehoben, daß zur Schaffung und Durchführung von Einheitsfrontabkommen zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten ein auf voller Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung beruhendes kameradschaftliches Verhältnis geschaffen werden muß und daß alle Versuche in unseren Reihen, die Schaffung der Einheitsfront als Werbeaktion für die Kommunistische Partei, als eine Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer, als eine formale Angelegenheit zu behandeln, auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Die Gemeinsamkeit der Interessen im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind muß alle unsere Schritte zur Schaffung dieses neuen Verhältnisses leiten.

Die Schaffung dieses neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie schließt, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob, „eine ernste, begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassengemeinschaft mit der Bour-

geoisie und eine grundlegende Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern macht dies, im Gegenteil, noch notwendiger.

Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken, müssen sie die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei eintreten.“

Die Kommunistische Partei hat bisher einige Erfolge in der Herstellung der Einheitsfront erzielt. Schon die diesjährigen Vertrauensrätewahlen, bei denen die deutsche Arbeiterschaft auf Grund der Initiative der KPD eine bewegliche Wahltaktik einschlug und dabei bestimmte Erfolge erreichte, hat die Arbeiter verschiedener politischer Richtungen im Betrieb einander nähergebracht. Auch die sich anbahnende große Solidaritätsbewegung in Deutschland führte in verschiedenen Teilen des Landes zur Schaffung von Solidaritätsausschüssen und zu gemeinsamen Hilfsaktionen für die verhafteten Klassenbrüder und ihre Familien. Feste Einheitsfrontabkommen von Organisation zu Organisation liegen bisher nur vereinzelt vor. Die bedeutsamsten unter ihnen sind das Dortmunder Abkommen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und das Berliner Abkommen zwischen dem Berliner SPD-Vorstand und dem Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands. Es ist die zentrale Aufgabe, die von der Konferenz der Partei gestellt wurde, in allen Bezirken Deutschlands Einheitsfrontabkommen zustande zu bringen, mit denen die ersten entscheidenden Schritte zur Schaffung der Einheitsfront gemacht werden.

Die Schaffung der politischen Einheit der Arbeiterklasse, die Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter in einer einheitlichen politischen Massenpartei, wurde auf der Parteikonferenz im Zusammenhang mit der Schaffung der Einheitsfront, der Aktionseinheit sehr ausgiebig behandelt. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben den Willen zur organisatorischen Wiedervereinigung hervorgerufen. Der

sucht durch die Verstärkung ihres bestialischen Terrors und durch die Steigerung ihrer sozialen Demagogie die Vereinigung der Aktivierung der Arbeiterklasse mit der Unzufriedenheit der Kleinbäuerlichen und bäuerlichen Massen zu verhindern.

Welches waren die Probleme, mit denen sich die 4. Reichskonferenz der KPD beschäftigte? Die dringliche Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront in der Arbeiterklasse für den Kampf zur Durchsetzung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Forderungen stellt vor die Partei die Aufgabe der Herbeiführung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratischen Partei, um mit dieser Einheitsfrontabkommen zu schließen. Die Konferenz erblickte darin mit Recht das Kernstück der Anwendung der Einheitsfronttaktik auf neue Art, die der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen hat. Die Herbeiführung des neuen Verhältnisses der Kommunisten zur Sozialdemokratie wird dadurch erleichtert, daß sich deren Lage mit der Aufrichtung der faschistischen Diktatur grundlegend verändert hat, indem sie durch das Verbot ihrer Organisation und den Raub der demokratischen Freiheiten in eine Kampfstellung gegen das faschistische Regime gedrängt wurde.

Die Konferenz hat zur Bekräftigung ihres Willens der Herbeiführung dieses neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie ausdrücklich hervorgehoben, daß zur Schaffung und Durchführung von Einheitsfrontabkommen zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten ein auf voller Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung beruhendes kameradschaftliches Verhältnis geschaffen werden muß und daß alle Versuche in unseren Reihen, die Schaffung der Einheitsfront als Werbeaktion für die Kommunistische Partei, als eine Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer, als eine formale Angelegenheit zu behandeln, auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen. Die Gemeinsamkeit der Interessen im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind muß alle unsere Schritte zur Schaffung dieses neuen Verhältnisses leiten.

Die Schaffung dieses neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie schließt, wie der VII. Weltkongreß ausdrücklich hervorhob, „eine ernste, begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassengemeinschaft mit der Bour-

geoisie und eine grundlegende Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern macht dies, im Gegenteil, noch notwendiger.

Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken, müssen sie die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei eintreten."

Die Kommunistische Partei hat bisher einige Erfolge in der Herstellung der Einheitsfront erzielt. Schon die diesjährigen Vertrauensrätewahlen, bei denen die deutsche Arbeiterschaft auf Grund der Initiative der KPD eine bewegliche Wahltaktik einschlug und dabei bestimmte Erfolge erreichte, hat die Arbeiter verschiedener politischer Richtungen im Betrieb einander nähergebracht. Auch die sich anbahnende große Solidaritätsbewegung in Deutschland führte in verschiedenen Teilen des Landes zur Schaffung von Solidaritätsausschüssen und zu gemeinsamen Hilfsaktionen für die verhafteten Klassenbrüder und ihre Familien. Feste Einheitsfrontabkommen von Organisation zu Organisation liegen bisher nur vereinzelt vor. Die bedeutsamsten unter ihnen sind das Dortmunder Abkommen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und das Berliner Abkommen zwischen dem Berliner SPD-Vorstand und dem Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands. Es ist die zentrale Aufgabe, die von der Konferenz der Partei gestellt wurde, in allen Bezirken Deutschlands Einheitsfrontabkommen zustande zu bringen, mit denen die ersten entscheidenden Schritte zur Schaffung der Einheitsfront gemacht werden.

Die Schaffung der politischen Einheit der Arbeiterklasse, die Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter in einer einheitlichen politischen Massenpartei, wurde auf der Parteikonferenz im Zusammenhang mit der Schaffung der Einheitsfront, der Aktionseinheit sehr ausgiebig behandelt. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben den Willen zur organisatorischen Wiedervereinigung hervorgerufen. Der